

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Er erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 1 M.
Postzeitungsliste Nr. 1244 a.
Anzeigenpreis die bespaltene Zeile
je 40 Pf.
Telephon Nr. 535

Schriftleitung:
Duisburg, Seitenstraße 19.
Schluß der Redaktion: Dienstag
mittags 12 Uhr.
Zuschriften, Abonnementsbestellungen
u. s. sind an die Geschäftsstelle Seiten-
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Gewerkschaft und Persönlichkeit.

Dr. W.

Kein Geringerer als Goethe hat den Ausdruck gegeben, daß die Persönlichkeit das höchste Glück des Menschen bedeute. Das ist viel, aber nicht zu viel gesagt, wenn man es richtig versteht. Das Wort des großen Dichters hat erst in unserer Zeit ein vielfaches Echo geweckt; „das Recht und das Glück der Persönlichkeit“ ist ein modernes Schlagwort geworden. Ob aber alle, die das Wort im Munde führen, den rechten Sinn damit verbinden, das ist eine andere Frage. Es wird zunächst nicht überflüssig sein, eine kurze, verständliche Klarlegung dieses Begriffes zu geben.

Unter Persönlichkeit ist zu verstehen die möglichst allseitige und vollkommene Ausbildung des Menschen, die harmonische Entfaltung seiner Anlagen, so daß der berechnigte Kern seines Wesens, die gesunden Keime seiner Natur zur Entwicklung und Blüte gelangen. Der Mensch als Persönlichkeit im vollen Sinne dieses Wortes ist das, was er nach seiner Natur, nach dem Willen seines Schöpfers sein soll. Zur Persönlichkeit gehört nicht bloß und nicht an erster Stelle Ausbildung der geistigen Fähigkeiten, Schulung des Verstandes und Entwicklung der praktischen oder künstlerischen Anlagen, sondern noch mehr die Begründung einer klaren Weltanschauung, die dem ganzen Leben und Schaffen erst eine feste Basis gibt. Insbesondere aber gehört dazu die Charakterbildung, denn der Charakter als dauernde Willensrichtung ist dem Menschen viel mehr zu eigen, viel innerlicher. Endlich gewinnt die Persönlichkeit den vollen Abschluß und ihre höhere Weihe durch Entfaltung der Religiosität, die auch zu den Grundzügen der menschlichen Natur gehört.

Wenn die Persönlichkeit somit einerseits die Freiheit zur Voraussetzung hat und im Gegensaße steht zur inneren oder äußeren Knechtung, so wäre es andererseits ganz falsch, die Persönlichkeit in der Zügellosigkeit zu suchen, oder zu glauben, sie entwickle sich in dem schrankenlosen Ausleben aller Triebe der Natur. So scheint die moderne Welt mitunter zu glauben. Nicht alles im Menschen ist berechtigt und gesund, und wer der Leidenschaft die Zügel schießen läßt, wird gerade durch dies Uebermaß oder richtiger, durch diesen Mißbrauch der Freiheit in die elendeste Knechtschaft fallen. Ohne Selbstbeherrschung und Entagung wird der Mensch nie zu einer festen, in sich geschlossenen Persönlichkeit sich entwickeln. Ebenso ist es falsch, die Persönlichkeit in rücksichtslosem Egoismus zu suchen, in dem Uebermenschen eines Nietzsche; die „blonde Bestie“, für die er schwärmt, die nur ihren eigenen Vorteil und ihre Lust kennt, und höhnisch über die blutenden Leiber der anderen hinwegschreitet, ist das Zerrbild der edlen, wahrhaft menschlichen Persönlichkeit, in der die schönsten Züge ganz ausgelöscht sind. Die Persönlichkeit ist einerseits das Produkt der Freiheit — freie, unverkettelte Entfaltung —, andererseits aber auch der Beschränkung, der Unterordnung unter das Sittengesetz.

Wohin war es mit der Persönlichkeit gekommen im Heidentum, das sonst in mancher Beziehung, in Kunst und Wissenschaft und Kultur so Großes geleistet hat? Das erste Recht der Persönlichkeit, die Freiheit und Menschenwürde, war ganzen Volksklassen genommen; die Sklaven standen rechtlich mit der Waage, mit dem Hausvieh auf einer Stufe. Hier hat das Christentum eingesetzt und seine soziale Heilskraft, seine Reformgewalt erwiesen. Gegen die christliche Auffassung

vom Menschen, gegen die christliche Lehre von der kostbaren, unsterblichen, zu einem Leben mit Gott berufenen Seele konnte die Sklaverei so wenig auf die Dauer bestehen, wie die Nacht vor der aufgehenden Sonne. Man hat es der Kirche zum Vorwurfe gemacht, daß sie nicht sofort das Sklaventum abgeschafft und verboten habe; aber tiefgewurzelte Einrichtungen werden nicht durch ein Machtwort beseitigt, sie müssen durch die innere Kraft der Idee, durch den Geist überwunden werden. Hat das Christentum so befreiend für die Persönlichkeit gewirkt, so auch in hohem Grade Persönlichkeit bildend. Es hat eine feste, große, ideale Weltanschauung, sowie die kräftigsten Motive und wirksamsten Mittel für die Ausgestaltung des Besten und Edelsten in der Menschennatur. Herrliche Persönlichkeiten, wahre Blüten edlen Menschentums treten uns in der Geschichte der Kirche entgegen.

Die moderne Zeit hat den traurigen Ruhm, daß sie, die nicht genug Rühmendes sagen kann von dem Werte der Persönlichkeit, eben diese Persönlichkeit unterdrückt in der Lebenstätigkeit einer ganzen Volksklasse. Die Großindustrie hat den Arbeiter in eine Stellung der Abhängigkeit hineingedrängt, daß seine Arbeit nicht eines freien Menschen würdig ist; seine Arbeitskraft wird als Ware betrachtet, und er selbst ist nichts als ein Rad in der großen Maschine, das mechanisch seinen Dienst tut. Die Stellung des Arbeiters im Produktionsprozeß ist durchweg so, daß er in keiner Weise mitbestimmend eingreifen kann, daß er sich selbst, seine Persönlichkeit nicht hineinlegen kann in seine Arbeit, und so kommt er gerade in seiner eigentlichen Lebensaufgabe als ganzer Mensch nicht zur Geltung. Bezeichnend ist der Ausdruck, der in der englischen Industrie gebräuchlich ist: die Arbeiter werden „hands“ genannt, das heißt „Hände“. Sie sind nur lebendige Werkzeuge.

Diese soziale Unterdrückung mußte eine Reaktion hervorrufen; die Kraft der Persönlichkeit, die auch im Arbeiterstand schlummert, mußte erwachen und sich zur Geltung bringen. Das ist der innere Grund der gewerkschaftlichen Bewegung. Nicht materielle Besserstellung, Lohnerhöhung und Arbeitsverkürzung ist im tiefsten Grunde die Triebkraft dieser Bewegung und das Ziel, worauf sie hinsteuert. Die niedriger Stehenden mögen dies zu meist im Auge haben. Die führenden Elemente erstreben etwas Höheres und Umfassenderes, woraus die materiellen Vorteile sich als Früchte ergeben und wodurch sie erst Beständigkeit gewinnen; sie wollen dem Arbeiter eine andere Stellung erringen gegenüber dem Kapital. Er soll nicht mehr ein Knecht der Arbeit sein, sondern ein freier „Ritter der Arbeit“ nach einem amerikanischen Ausdruck; er soll mitbestimmen über seine Arbeit als mitberechtigter freier Kontrahent bei der Festsetzung des Arbeitsvertrages. Der Arbeiter will sich als Mensch zur Geltung bringen, um so auch wieder ein wahres lebendiges Interesse an seiner Arbeit zu gewinnen.

So ist die Triebkraft und das Ziel der Gewerkschaft die Persönlichkeit, das unüberäußerliche Recht des Menschen, als freier, denkender Mensch in seinem Lebensberufe tätig zu sein. Im weiteren ist die Gewerkschaft in ihrer Tätigkeit und in ihrem Einfluß Persönlichkeit bildend. Die Gewerkschaft sucht das höhere Interesse zu erwecken, das Standesbewußtsein und das Ehrgefühl zu stärken, die geistigen Fähigkeiten auszubilden und so manches, was im Arbeiter unter dem Druck seiner Lage verkümmert, zu entfalten und zu entwickeln. Sie faßt die Bildung ihrer Mitglieder als eine wichtige Aufgabe auf, und zwar nicht bloß die Bildung in intellektueller Beziehung, sondern auch die Charakter-

bildung. Zugleich gibt sie Gelegenheit zur Betätigung der Persönlichkeit. Ein guter Gewerkschaftler muß lernen, Opfer zu bringen für die Sache, besonnen und sachlich zu erwägen und zu prüfen, unerschrocken und offen das Recht zu vertreten, mit beharrlicher Ausdauer das Ziel zu verfolgen und bei allem sich selbst und sein Wort zu beherrschen. Die gewerkschaftliche Tätigkeit ist geradezu eine Übung und eine Schule der Persönlichkeit.

Und hier ist es ein Punkt, der noch besondere Hervorhebung verdient. Der große Naturforscher Newton sagt, daß zwei große Kräfte das ganze Weltsystem beherrschen und tragen, die Anziehung und die Abstoßung; während die Anziehung hindert, daß die Gestirne ins Endlose auseinanderfahren, bewirkt die Abstoßung mit ihrer forttreibenden Kraft, daß sie nicht in ein Chaos zusammenstürzen; beide Kräfte halten sich das Gleichgewicht. So ist es auch in der moralischen Weltordnung: Egoismus und Altruismus sind beide nötig. Der erste, der gesunde Selbsterhaltungstrieb liegt tief in der Natur begründet. Der andere aber, die selbstvergeßene, aufopfernde Liebe bedarf der Pflege. In unserer Welt scheint der Egoismus ein bedenkliches Uebergewicht zu besitzen, und da ist es notwendig, daß der Altruismus, die Menschenliebe, die Hingabe für andere, gestärkt wird, damit das Ganze, die Gesellschaft zusammengehalten wird und nicht in widerstrebende Richtungen und feindselige Tendenzen auseinanderfährt. An diesem Punkte hat das Christentum eingesetzt, an diesem Punkte will in ihrem Kreise auch die Gewerkschaft tätig sein. Sie kann ja von heute auf morgen noch nicht viel bieten, sie fordert, daß ihre Mitglieder vornehmlich für die Zukunft, für die Kommenden arbeiten. Nicht selten verlangt sie auch, daß ihre Mitglieder das persönliche Interesse, die Bequemlichkeit und Selbstgenügsamkeit hinten lassen im Dienste der Gesamtheit. Sie pflegt das Gefühl der Zusammengehörigkeit, der Solidarität, einer soll für den anderen, jeder für den Stand eintreten und Opfer bringen für die Sache. Das ist der Altruismus, die edelste Seite in der menschlichen Persönlichkeit. Hier haben wir eine eminent erzieherische Einwirkung, eine wahre Hebung und Veredlung der Volkskraft.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß die gewerkschaftliche Bewegung eine Bedeutung besitzt über ihre nächsten Ziele und über den Arbeiterstand hinaus. Sie hat eine große Aufgabe für die Zukunft und arbeitet im Interesse des ganzen Vaterlandes, ja der Menschheit überhaupt, indem sie den edelsten Keim menschlicher Entwicklung pflegt. Hier liegt, ganz abgesehen vom Standpunkt der Gerechtigkeit, ihre tiefste ethische Berechtigung. Wer sich dieser Bewegung entgegenstellt, der verkümmert nicht bloß gerade die Forderungen seiner Mitmenschen, sondern er tritt, so viel an ihm ist, dem sittlichen Aufstreben der Volksseele entgegen, mag es ihm auch nicht bewußt sein. Dieser ethische Kern gibt der großen Bewegung aber nicht bloß Existenzberechtigung, sondern auch Lebenskraft und Siegesgewähr. Das Gute und Edle muß sich schließlich durchringen, in dieser Wahrheit liegt der ganze Sinn des Menschenlebens und der Weltentwicklung. So reißt die Gewerkschaft als Hauptträgerin der sozialen Bewegung sich ein in die großen Triebkräfte, die die Menschheit höher führen und dem Ideale wahrhaft menschenwürdiger Gesellschaftsordnung näher bringen, wenn auch das absolut Vollkommene immer unerreichbar bleibt.

Mögen die Gewerkschaftler selbst diese hohe Aufgabe immer vor Augen halten und sich mehr und mehr mit dieser idealen Auffassung durchdringen. Es wäre ein Irrtum, zu glauben, mit Prin-

Arbeiten allein etwas erreichen zu können; praktische Arbeit im Kleinen ist unbedingt notwendig, der unheimliche Blick auf das Nächstliegende kann durch idealen Hochflug nicht ersetzt werden. Das ist gleichsam das tägliche Brot. Daneben darf man aber auch die grundlegenden Wahrheiten, die wie Leitsterne über dem täglichen Leben stehen, nicht aus den Augen verlieren, weil sie die Richtung im großen geben. Darum ist es auch einmal notwendig, die Augen zu erheben, auf die Höhe zu steigen und Aussicht zu halten. So versichert man sich des rechten Weges, und zugleich stärkt und erquickt man seinen Mut.

Heimarbeit-Ausstellung.

III.

Nachdem wir in zwei Artikeln uns wesentlich mit einem kleinen Teil der Hausindustrie in Solingen, Aachen, und Schwarzwald, soweit unser Beruf in Frage kommt, beschäftigten, dürfte es notwendig sein, ein Gesamtbild des Glendes zu geben, wie es auch in anderen Berufen sich vorfindet, zum Teil schon der Essener und andere Kongresse zutage förderten. Darnach wurde eine Arbeitszeit ermittelt bei der Holzschmiederei in Thüringen bis 18 Stunden, Holzstricker 14 bis 15 Stunden. Die Kleinfabrikanten im Kreise Schmalkalden 14 bis 16 Stunden. Die Spielwarenarbeiter in Sonneberg gar 18 bis 20 Stunden.

Für die Wäschekonfektion liegen Angaben vor bis zu 16 Stunden. Im M.-Glabbacher Bezirk 13 Stunden und länger. Dr. Feig fand bei der Heimarbeit in der Wäschekonfektion regelmäßige Arbeitszeiten von 6 Stunden in der freien Zeit, bis zu 17 Stunden in der Hochsaison. In der Fabrikation von Kravatten, Schürmen, Handschuhen fand man in Berlin Arbeitszeiten von 4—5 Stunden in der freien Zeit, bis zu 16 Stunden in der Saison.

In dem Bericht über die Heimarbeit in Dresden, veranstaltet von der Gesellschaft für soziale Reform, heißt es bezüglich der Arbeitszeit: „Während der Saison ist sie mitunter eine sehr lange, und wird bis zur völligen Erschöpfung der Kräfte gearbeitet. Tagsüber nimmt die Wirtschaft und die Kinderpflege die Hausfrau in Anspruch, ihre gewerbliche Arbeit verrichtet dieselbe vor Tag und in den Abend- und Nachtstunden. Eine Heimarbeiterin mit Lehrtätigkeiten arbeitet in den vier Monaten der Saison von früh vier Uhr bis abends 10 Uhr; außer der Saison von 1/9 Uhr morgens bis 11 bis 12 Uhr nachts. Bei 17 Heimarbeitern der Konfektionsbranche wurde nach der gleichen Erhebung eine Arbeitszeit bis gegen 10—11—12 Uhr nachts festgestellt. Teilweise beginnt dieselbe schon um vier Uhr morgens. Dergleichen bei 19 Heimarbeiterinnen der verschiedenen Gewerbe eine Nachtarbeit bis gegen 11—12 Uhr, in einem Falle bis gegen 3 Uhr morgens.“

In der niederrheinischen Schuhindustrie herrscht durchweg eine Arbeitszeit von 13, 14 und 15 Stunden. Die Laubhutmacher auf dem Hunsrüd arbeiten 11—12 Stunden, die Handschuhmacher der Wehlener Gegend 12—13, die Drahtarbeiter in der Gifel 14 bis 15 Stunden, die Heimarbeiter der Offenbacher Lederwarenindustrie haben in der Saison eine Arbeitszeit von 14—15 Stunden. Die Straßener Schuhmacher eine solche von 14—15 Stunden, ebenso auch die Heimarbeiter der Rheinpfälzer, namentlich der Birmasener Schuhindustrie. Die vom Verein für Sozialpolitik gemachten Erhebungen ergaben für den Zeitraum im Winter 1900/01 eine Arbeitszeit in der Konfektionsbranche von 14 bis 17 Stunden. In der Fabrikation künstlicher Blumen ist eine Arbeitszeit von 13—15, in der Dichtensfelder Porzellanindustrie von 4 Uhr morgens bis abends 9 Uhr, und im Winter von 8—7 Uhr morgens, bis abends 11—12 Uhr, 15 bis 16 Stunden Arbeitszeit ist auch bei der Porzellanbranche üblich.

Sehr eingebürgert in der Hausindustrie ist auch die Sonntagsarbeit. So wird aus der Thüringer Porzellanbranche in einer Statistik vermerkt, daß Sonntags 4—5 Stunden, und nach der Dresdener Statistik gar 8 bis 9 Stunden und auch in einem Falle 10 Stunden gearbeitet wurde. In der Denkschrift des deutschen Schneider-Verbandes heißt es: „In der Saison gibt es keinen freien Sonntag, meistens bis Mittag wird in der Regel gearbeitet.“

Noch trauriger ist die Lage der Heimarbeiter und -arbeiterinnen bezüglich Wohnverhältnisse. Trotz der überaus langen Arbeitszeit, der Fertigkeit und der intensiven Tätigkeit in den verschiedenen Zweigen, sind dieselben die denkbar traurigsten.

Nach W. John's Buch „Heimarbeit und Hausindustrie“ verdienen die Nagelschmiede des Kreises Trier und Koblenz pro Tag 80 bis 150 Pfg., oder pro Stunde 6—12 Pfennig.

Die Laubhutmacher erhalten für das Gros 40 Pfg., teilweise auch nur 30 Pfg. Bei 14stündiger Arbeit können Mann und Frau wöchentlich 30 Gros fertig stellen. Dies ist ein Verdienst von 16 Mk. gleich 10 Pfg. die Stunde.

In der Bucharacher Gegend ist der Wochenverdienst der Sägemacher, 5, 6, 8, 9 bis 12 Mark. Bei 12 Mark müssen die Frauen noch mithelfen. Die Löhne der Heimarbeiterinnen in der Wehlener Handschuhfabrikation schwanken zwischen 60 Pfg. und 1,20 Mark pro Tag. Die Arbeiterinnen der Haarbrennerei verdienen nur 3—4 Mark pro Woche. Nach den eigenen Angaben mehrerer Kreuznacher Heimarbeiter in der Schneiderbranche verdienen dieselben pro Woche 6—18 Mark. Dabei haben dieselben eine Miete von 96 bis 218 Mark zu zahlen. Die Schuhmacher in Kreuznach bringen es schon auf 20 bis 25 Mark, oder pro Stunde auf 20 bis 25 Pfennig, teilweise aber nur auf 12 bis 14 Mk.

Die Schäftestepperinnen in Dresden verdienen 5—6 Mark pro Woche. Für einfache Herrenschürzen werden 5 und für bessere 10 Pfg. bezahlt, für ein Herrenhemd 25 Pfg. In der Koblenzer Militäreffektenfabrikation verdienen die Heimarbeiterinnen bei einer 10stündigen Arbeitszeit 2,50, 3, bis 3,90 Mark pro Woche. Bei manchen kommt es vor, daß sie von morgens früh bis abends gegen 11—12 Uhr arbeitet, wobei doch der Lohn nicht höher kommt. Das Essen wird dann aus dem Kloster geholt.

Noch jämmerlicher sind die Löhne in der gleichen Branche in Trier. Nach einem früheren Bericht der Gewerbeinspektion verdiente eine ganze Familie in der Dütenfabrikation des Ardenauer Kreises 1,20 Mark pro Tag.

Im Schwarzwald Thüringens werden Puppen genäht. Es sind Rumpfe, Beine und Arme zu nähen. Sägespäne und Gorn müssen von den Heimarbeiterinnen selbst gegeben werden; der Lohn für ein Duzend Puppenrumpfe beträgt 7 Pfg. In einem nördlichen Vororte Berlins werden Hauslegen gefertigt. Garn usw. muß von den Näherinnen zugegeben werden. Ihr Lohn ist bei 10stündiger Arbeitszeit 1 Mark. Der reine Stücklohn beträgt 20 Pfennig. Eine geübte Arbeiterin braucht zur Anfertigung eines Hauslegens 2 Stunden. Die Streichholzindustrie im schlesischen Gebirge zahlte früher für 1000 Schachteln 1,50 Mark, heute 65 Pfennig; davon gehen 10 Pfennig für Gerstenmehl als Klebstoff ab. Ähnliche Zustände bestehen in der Dütenkleberei. In der Nagelindustrie zu Reheim, die ca. 200 Frauen und Kinder beschäftigt, werden für 1000 Nägel zum Befestigen der Patentknöpfe 5—6 Pfennig bezahlt.

In der niederrheinischen Schuhfabrikation ist der Durchschnittsverdienst der Heimarbeiter 10—12 Mark, oder pro Stunde 10—14 Pfennig. In der Dresdener Zigarettenindustrie sind Wochenlöhne von 2, 3, 4, 6, 8 bis zu 14 Mark keine Seltenheit. Die gleichen Lohnsätze sind bei der Herstellung künstlicher Blumen und Federn, Dütenkleben, Stuhlflechten, Strohhutnähen und Schäftesteppen.

Geradezu grauenhafte Angaben über die Wohnverhältnisse der Heimarbeiter enthalten die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten von 1903. Nach denselben konnten es im Regierungsbezirk Breslau die Spuler und Kettenmacher bei fleißiger und angestrengter Arbeit nur zu einem Tagesverdienst von durchschnittlich 30 Pfennig bringen; für andere Arbeiten, z. B. Lohnendere Erarbeiten, erwies sich diese Bevölkerung „nicht mehr genügend kräftig und wetterfest.“ Der Aufsichtsbeamte des Bezirks Merseburg berichtet ausführlich:

„Nicht traurig liegen die Erwerbsverhältnisse in der Heimindustrie, die hier auf den verschiedensten Gebieten betrieben wird, in der Zigarettenfabrikation, der Papier- und Pappwarenherstellung, der Zellnäherei, der Konfektion, der Spielwarenherstellung, dem Tischknüpfen, der Zohnswocherherstellung usw. Am dürftigsten ist der Verdienst bei der Knüpfarbeit an Umhängen und Umhängtüchern. Das Anknüpfen der Franzen an ein Kopftuch oder Schmuckstück für die Schultern wird mit 10 Pfennig bezahlt. Der höchste Tagesverdienst beträgt 50 bis 60 Pfennig. Auch die Anfertigung der Zohnswocher ist äußerst wenig lohnend. Für 1000 Stück Zohnbänder aus gespaltenem und geschlitztem Holze werden fertig gebündelt, je nach der Qualität, 15 bis 40 Pfg. bezahlt. Das Holz und die farbige Baumwolle zum Bündeln hat der Heimarbeiter mitzuführen. Eine Frau mit 2 bis 3 Kindern stellt dazu

jährlich 2500 bis 3000 Stück täglich her und verdient dabei höchstens 1,20 Mark, in der Regel aber nur 0,75 bis 1 Mark. Um besten Lohn zu machen die Zigarettenfabrikation, wenn dabei Frauen und Kinder mithelfen können. Ein geschickter Koller kann mit seiner Frau als Wickelmacherin und zwei Kindern als Abrippers in der Woche bis zu 3500 Stück Zigaretten herstellen, die bei einem Abforderspreise von 7,50 bis 9 Mark, je nach der Sorte, für die Familie einen Wochenlohn von 26,25 und 31,50 Mark einbringen. Von dem Verdienste geht aber noch der Betrag für das Jahrgeld bis zur Ablieferungsstelle — oft ist es Leipzig — ab, auch geht durch die Ablieferung oft ein ganzer Tag verloren.“

Das unter diesen Umständen ganz besonders aber, da die Heimarbeit in den Wohnräumen des Arbeiters sich abspielt, auch die Wohnungsverhältnisse ein trauriges Bild ergeben, ist leicht zu erklären. Schon das Wohnen und Arbeiten in den gleichen Räumen muß Zustände herausbilden, die für Körper und Gesundheit die größten Gefahren bringen. Es kommt hinzu, daß in denselben Räumen noch gekocht und geschlafen wird, daß der langen Arbeitszeit halber die Räume beleuchtet werden müssen. Ventilation und Reinlichkeit kann durch den regelmäßigen Gebrauch der Zimmer nicht, oder nur oberflächlich ausgeführt werden. Durch das Zusammenarbeiten meistens mehrerer Personen, durch die Arbeitsmaterialien und die gemischten Stoffe, die in denselben enthalten sind, wird die Luft total verpestet. An und für sich sind die meisten Wohnungen der Heimarbeiter feucht, dunkel, liegen entweder hoch auf dem 4. und 5. Stock, wie es in den Städten der Fall, oder es sind Kellerwohnungen. So recht drastisch schildert A. Thun einen solchen Zustand. Er schreibt über die Krefelder Hausweber: „Es spulen die einen Kinder, die anderen spielen umher, die Mutter säubert die Kette und webt oder aber sie stillt den Säugling. Die Luft ist dumpf: im Winter kann nicht einmal gelüftet werden, die Fenster sind blind und ein Golddunkel herrscht am Tage. Die Diele ist aus gestompftem Lehm, liegt manchmal tiefer als der Erdboden, die Wände sind vollkommen feucht. Wahre Ränderhöhlen gibt es, nur fünf Schritt im Quadrat. Dazu ein Durcheinander von zwei Webstühlen, Kochgeräten und Eßwaren, Schnapsflaschen und strotzenden Schmutz und inmitten dieses drei wüste Gesellen beim Mahle.“

Wenn das heute auch wohl nicht mehr für die Textilindustrie in der Krefelder Gegend zutrifft, so haben andere Industriezweige diese Rolle übernommen.

Ueber die Wohnungsverhältnisse der Heimarbeiter von Berlin berichtet Grantke, daß in einer Wohnung von Zimmer, Küche und Korridor eine 53jährige Witwe mit ihren drei Töchtern, einem kleinen Kind und einem Schlafburschen wohnte. Die vier Frauen schlafen auf dem dunklen Korridor, das Kind auf zwei aneinander gestellten Stühlen und der Schlafbursche in der Küche. Dabei ist die Witwe noch krank. In einer anderen Wohnung, bestehend aus nur einer Küche, eine Näherin mit einem Sohn von 16 Jahren, einem Sohn von 10 und einer Tochter von 5 Jahren. Das ungenügende Arbeitslohn, überlange Arbeitszeit und schadhafte Wohnungen, auch ihre Einwirkung auf die Gesundheit der Heimarbeiter ausüben muß, ist nur allzu erklärlich. Schon im Jahre 1882 bei Beratung der ersten österreichischen Gewerbenovelle im Reichsrat führte ein Abgeordneter über die Heimarbeit aus:

„Das ist der Pauperismus (Armut) in ganz anderem Maße als im Kleingewerbe, da finden Sie eine achtzehnstündige Arbeitszeit, die am Schlusse nichts mehr liefert als Kartoffel, da finden Sie Seuchen und Blutarmer bei der Bevölkerung ganzer Täler ausgebreitet.“

Auch in Deutschland bietet die Kartoffel die ausschließliche Kost der Heimarbeiter. Selbst Wein, der die Lage der in der Hausindustrie tätigen Personen der sächsischen Musikinstrumenten-Industrie in einem etwas günstigen Licht darzustellen versucht, muß zugeben, daß die Hausindustriellen nur ein, höchstens zweimal in der Woche Fleisch erhalten und den Mangel durch reichlichere Kartoffelmengen ersetzen müssen. In gleicher Weise äußert sich Gau in seinem Buche „Die Hausindustrie im Eisenacher Oberland“: „Im allgemeinen findet man Fleisch selten auf dem Tische dieser Leute, ebensowenig wird die Milch als Nahrungsmittel betrachtet. Die Hauptnahrung ist das Roggenbrot und Gebäckenes, welches meist aus schwarzem oder schlechtem Weizenmehl bereitet ist.“ „Kartoffelsuppe“ heißt es an einer

anderen Stelle, „muß das Defizit der Ernährung decken.“ Durch die zum weitaus größten Teil minderwertigen Lebensmittel muß naturgemäß eine Unterernährung eintreten. Von einem gesunden und widerstandsfähigen Körper kann absolut dann nicht gesprochen werden. So werden in einem Bericht die Thüringer und oberfränkischen Kornmacher als physisch so herabgedrungen geschildert, daß sie nicht mehr die geringsten landwirtschaftlichen Arbeiten verrichten können. Es ist dies ungefähr die gleiche Schilderung wie die des Breslauer Gewerbeaufsichtsbearbeiters, der bemerkt, „daß die Heimarbeiter nicht mehr genügend kräftig und wetterfest sind, um Erntearbeiten auszuführen.“ Doch Dr. Sax schreibt, daß in Sonneberg 44 Proz. der Hausindustriellen, welche über 15 Jahre alt sind, an der Lungenkrankheit zu Grunde gehen. Am traurigsten ist es, wenn Unternehmer die Arbeit der Kinder aus den gefährlichen Fabriken in die ungeschützte Heimindustrie verlegen, natürlich: auf Kosten derer Gesundheit.

In Dresden waren unter 24 Heimarbeitern 10 unterleibs-, magen-, lungenleidend oder rheumatisch erkrankt. Nach Aussage eines Berliner Fabrikinspektors kamen in einem Zeitraum von 2 Jahren in 3046 Heimarbeitbetrieben 98 Fälle von ansteckenden Krankheiten vor, und zwar Diphtheritis, Scharlach, Masern, Schwindpocken, Keuchhusten, Typhus, Krätze und Influenza.

Dieses ist also das düstere Bild der Heimarbeit wie sie von sachkundiger Personen geschildert wird. Alle Berufsgruppen Arbeiter, wie insbesondere die besitzenden Klassen, haben die Verpflichtung, hier helfend eingzugreifen, nicht zuletzt der Staat selbst.

Möge die Ausstellung in Berlin ihrerseits ein Teil dazu beitragen, daß das öffentliche Gewissen geschärft, sich der Pflicht bewußt werde, schnell und mit Nachdruck diesen Verurteilten Hilfe zu bringen. Mögen aber auch die Arbeiter niemals vergessen, daß alle äußere Hilfe zuletzt versagt, wenn die Arbeiter sich nicht ein mächtiges Bollwerk schaffen durch die Organisation. Das Elend der Heimarbeit redet hier eine furchtbare Sprache; ist aber auch gleichzeitig eine Anklage gegen den Indifferentismus und die Gleichgültigkeit der Arbeiter.

Haushaltungskosten im Jahre 1905.

Einer dankenswerten Aufgabe unterzieht sich die Berliner Halbmonatsschrift: „Der Arbeitsmarkt“, indem derselbe Berechnungen über den Kostenaufwand für die wöchentliche Ernährung der verschiedenen Städte des Reichs anstellt.

Als Grundlage dient der wöchentliche Bedarf an Nahrungsmitteln deutscher Marinejoldaten, welche die Verwaltung zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit ihrer Mannschaften für unumgänglich notwendig hält. Für den industriellen Arbeiter kann es keine anerkannte einheitliche Normalration geben, weil berufliche und territoriale Verschiedenheiten die Art der Ernährung sehr stark beeinflussen. Wenn daher die Ration der Marinejoldaten unterstellt wird, so geschieht dies nur, um vergleichbare Resultate zu gewinnen und die Bewegung der Kosten des wöchentlichen Nahrungsaufwandes veranschaulichen zu können. Denn daß auf Grund der Veränderungen der Kosten, die für die Verpflegungstruppen des deutschen Marinejoldaten aufgewendet werden müssen, im großen und ganzen ohne weiteres auf eine Verteuerung oder eine Verbilligung der Volks-Ernährung geschlossen werden kann, ergibt sich, wenn man erwägt, daß in der Verpflegungsration des Marinejoldaten alle wichtigen Volksnahrungsmittel in einem recht guten Verhältnis vertreten sind. Nach den Speisewellen besteht nämlich die wöchentliche Portion pro Mann für Schiffe in heimischen Häfen aus:

Gramm	Gramm
500 Rindfleisch	300 Kartoffeln
750 Schweinefleisch	340 Zucker
800 Hammelfleisch	5250 Brot
150 Reis	455 Butter
360 Bohnen	106 Salz
300 Erbsen	105 Kaffee
500 Weizenmehl	21 Tee
200 Backsaumen	0.11 Liter Effig

Für eine vierköpfige Arbeiterfamilie ist der wöchentliche Nahrungsaufwand in der Weise angenommen, daß unter Reduzierung von zwei Kindern auf eine erwachsene Person das Vierfache der Normalration des Marinejoldaten berechnet wird. Die einzelnen Lebensmittelquanten, aus denen sich die Ration zusammensetzt, sind zu den niedrigsten Marktpreisen unter Zuschlag einer fünfzehnprozentigen Erhöhung berechnet, da die niedrigsten Preise

bekanntlich nicht die häufigsten sind. Verfolgen wir für die Städte Danzig, Berlin, Dresden, Chemnitz, Leipzig, Stuttgart und München die gemachten Berechnungen vom Jahre 1900, so ergibt sich, daß die Kosten der Ernährung im Durchschnitt sämtlicher Städte für eine Familie mit vier Köpfen betrug in

	1900	1901	1902
pro Woche	20,44	20,56	20,72
„ Jahr	1062,88	1069,12	1077,44
1903	1904	1905	
pro Woche	21,15	21,29	21,98
„ Jahr	1099,80	1106,98	1142,96

Eine Familie, die für die nämlichen Nahrungsmittel gleicher Quantität und Qualität im Jahre 1900 1062,87 Mark zu bezahlen hatte, mußte im Jahre 1905 80,08 Mark mehr oder 1142,96 Mark aufwenden. Es ergibt sich also eine Verteuerung von beinahe 8 Prozent gegen das Jahr 1900.

Diese Steigerung des Kostenaufwandes für die Ernährung wirkt aber umso empfindlicher, als im allgemeinen das Einkommen der Arbeiter das Niveau des Jahres 1900 noch nicht wieder erreicht hat. Gegen 1904 ist die Steigerung im Vergleich zu den früheren Jahren geradezu sprunghaft. Sie beträgt jährlich rund 36 Mark, während die Steigerung in den vier Jahren 1901—1904 zusammen 44 Mark, von 1900 als Ausgangspunkt genommen, beträgt. Die starke Steigerung der Haushaltskosten im Jahre 1905 resultiert in der Hauptsache aus der Erhöhung für Fleischpreise.

Aus obigem Beispiel ergibt sich, daß die Lebenshaltung der Arbeiter keine Besserung, sondern eine Verschlechterung erfahren hat.

Arbeiterbewegung und Gesellschaft.

Unsere Arbeiterbewegung hat sich heute bereits zu einer ansehnlichen Macht entwickelt. Immer weiter greift der Organisationsgedanke um sich. Ständig und mit wachsendem Erfolge wird der große Feind Indifferentismus gezwungen, seinen bisherigen Besitzstand nach und nach einer besseren Erkenntnis preiszugeben.

Zu optimistisch sind wir wohl nicht, wenn wir uns sagen: In absehbarer Zeit ist die größte Mehrzahl der Arbeiter in Interessenvertretungen zusammengefaßt. Diese Tatsache rollt für die ganze Gesellschaft — Regierung, Bürgertum und Parteien — ein neues, großes Problem auf: „Wie gliedern wir die Arbeiterbewegung in die übrige Gesellschaft ein?“ „Wie stellen wir ein harmonisches Verhältnis zwischen diesen beiden Faktoren her?“ Es kann gewiß der Gesellschaft noch lange nicht gleichgültig sein, welche Stellung die Arbeiterbewegung einnimmt. Im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung der Volkswirtschaft, im Interesse des gesamten Volkswohles liegt es, daß die Bestrebungen des Arbeiterstandes in Einklang gebracht werden mit dem großen Ganzen. Nachfolgend sollen einige Umstände angedeutet werden, die sich der Lösung des vorerwähnten Problems hindernd in den Weg stellen.

Zuerst sei die Tatsache angeführt, daß die berechtigten Arbeiterbewegung noch an manchen Stellen verkannt wird. Nur zu leicht identifiziert man die berechnete Arbeiterbewegung mit der sozialdemokratischen Bewegung; sucht berechnete Forderungen der Arbeiterklasse kurzerhand abzutun, indem man den Trägern dieser Forderungen — direkt oder indirekt — das Odium des „Sozialdemokratischen“ anzuhängen versucht. Wir gehen nicht zu weit, mit der Behauptung: Ein derartiges Vorgehen ist hauptsächlich dafür verantwortlich, daß die deutsche Arbeiterbewegung teilweise sich auf solche Bahnen begeben hat. Mehr Aufklärung über das Wesen der Arbeiterbewegung ist sehr wohl am Platze. Häufig sieht man heute noch in der Arbeiterbewegung ein künstliches Gebilde, hervorgerufen und genährt durch interessierte Leute, deren Tätigkeit im „Gegen“ besteht. Hier sollte man doch endlich einmal einsehen, daß die Arbeiterbewegung nichts „Künstliches“ ist, sondern daß sie hervorgegangen ist aus der Entwicklung, welche in den letzten Jahrzehnten in unserem Vaterlande sich vollzogen hat. Wenn diese Binsenwahrheit sich einmal Bahn gebrochen hat, so wird sich wohl kein vernünftiger Mensch länger der Illusion hingeben, daß die Arbeiterbewegung ignoriert oder gar gar unterdrückt werden kann.

Ein weiterer Faktor, der die Einordnung der Arbeiterbewegung in die Gesellschaft erschwert, ist die sozialdemokratische Bewegung. Sie stellt sich in bewußtem Gegensatz zu der heutigen Gesellschaftsordnung, lehrt den unerbittlichen Klassenkampf und will nicht eher ruhen, bis daß die heutige Gesell-

schaftsordnung durch die sozialdemokratische Bewegung in. Auch die sozialdemokratischen Gewerkschaften stehen mehr oder minder auf diesem Standpunkt. In der praktischen Gewerkschaftsarbeit sehen sie nur ein Palliativmittel, endgültige Besserstellung ihrer Mitglieder erhoffen sie nur durch die Verwirklichung des sozialistischen Endzieles. Führt man sich die Stärke der sozialdemokratischen Bewegung vor Augen, so leuchtet ohne weiteres ein, daß hier eine Gefahr liegt, die den gerechten Ausgleich zwischen Arbeiterbewegung und Gesellschaft zu vereiteln droht. Diese Gefahr wird sehr vermindert werden, wenn man ihre Ursachen zu beseitigen sucht. Die Hauptursache ist oben schon angegeben; sie besteht in der Verkennung der berechtigten Arbeiterbewegung. Hier liegt die Wurzel für den Umstand, daß ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft den Glauben an die Gesellschaft verloren hat; daß er erst dann, wenn auf den Trümmern dieser Gesellschaft die Herrschaft des Proletariats etabliert ist, Gerechtigkeit und Besserstellung zu finden hofft. Entgegengewirkt kann dieser Anschauung nur dann werden, wenn die Arbeiterbewegung anerkannt und die berechtigten Forderungen erfüllt werden. Die christliche Arbeiterbewegung stellt sich im Gegensatz zur sozialdemokratischen auf den Boden der Gesellschaftsordnung. Umso mehr kann sie für sich in Anspruch nehmen, daß man ihren Forderungen und Ansprüchen entgegenkommt.

Eine dritte Frage ist: Unter welchen Bedingungen läßt sich die Arbeiterbewegung mit der Gesellschaft in Einklang bringen. Die Antwort lautet: Nur unter der Bedingung, daß die Gesellschaft den Arbeiterstand als gleichberechtigt anerkennt. Gleichberechtigt zuerst einmal in wirtschaftlicher Hinsicht. Freieitlich ausgestaltetes Koalitionsrecht und erweiterter Arbeiterschutz sollen dem Arbeiterstand die Mittel an die Hand geben, um im wirtschaftlichen Leben als gleichberechtigter Kontrahent fungieren zu können. Daß der „Herr im Hause“-Standpunkt, der ein willkürliches Unterwerfen der Arbeiterschaft unter dem Willen des Unternehmers bedingt, heute nicht mehr haltbar ist, muß doch bald einleuchten. Wenn auch hier und da dieser von dem Flug der Entwicklung längst überholte Standpunkt noch sich geltend zu machen sucht, so bricht sich doch die Erkenntnis Bahn, daß der Arbeiterschaft das korporative Mitbestimmungsrecht bei Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu geben ist. Geschähe dies überall, dann kann man von einer wirtschaftlichen Gleichberechtigung reden. Ferner will die Arbeiterbewegung in politischer und gesellschaftlicher Hinsicht als gleichberechtigt angesehen werden. Ist die Gesellschaft bereit, unter diesen Voraussetzungen einen Boden zu schaffen, so werden auch viele Elemente sich auf diesem Boden wieder zusammensinden, die heute noch der Gesellschaft feindlich gegenüberstehen.

Für jetzt mag es mit der Anführung dieser weniger Punkte genug sein. Die Aussöhnung der Arbeiterbewegung mit der Gesellschaft ist jedenfalls eines der schwerwiegendsten Probleme unserer Tage. Ein guter Schritt nach vorwärts wäre getan, wenn immer auf beiden Seiten der gute Wille die Oberhand behielte. Eine Unmenge von Vorurteilen sind noch auf beiden Seiten zu zerstreuen. Mögen alle beteiligten Faktoren sich von dem ehrlichen Bestreben leiten lassen, einen gerechten verhältnismäßigen Ausgleich herbeizuführen, solange noch eines jeres ganzen Volkslebens möglich ist. Auf Seiten der christlichen Arbeiterbewegung wird man gern die Hand zur Verständigung bieten.

Mit demselben Thema: „Einordnung der neuzeitlichen Arbeiterbewegung in die bestehende Gesellschaft“ beschäftigte sich auch auf seiner Generalversammlung der Verband „Arbeiterwahl“ (Eine Vereinigung von Arbeitgebern, welche nicht auf dem kirchlichen Scharfmacherstandpunkte stehen, sondern eine Verständigung mit dem Arbeiterstande anstreben).

Herr Privatdozent Dr. Adolf Weber-Bonn hatte hierzu das Referat übernommen. Als Korreferenten waren die Herren Dr. Pieper-M. Gladbach und Reichstagsabgeordneter Giesberts bestellt.

Der Referent suchte darzulegen, daß die berechtigten Forderungen der Arbeiter sowohl nach der materiellen, als auch nach der idealen, insbesondere auch der rechtlichen Seite innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung befriedigt werden könne. Beweis dafür seien die erheblichen sozialen Erzeugnisse der letzten Jahrzehnte. Auf der anderen Seite seien die Stützen der sozialdemokratischen Illusionen infolge der tatsächlichen Ent-

Waldung in sich zusammengestürzt. Letztere Behauptung was er insbesondere im Hinblick auf das „Gleichheitsprinzip“ an der Hand der Vorkommnisse innerhalb der Sozialdemokratie in den letzten Jahren und jüngsten Tagen eingehend nach. Die Frage, wie kommt es, daß gleichwohl der Marxismus immer mehr Anhänger gewinnt, glaubt der Referent hauptsächlich beantworten zu können aus dem „fanatisierenden Einflusse, den die Lehren von Karl Marx als quasi-religiöse Weltanschauung auszuüben vermögen, deren Dogmen der Lebenslage der industriellen Arbeiter angepaßt zu sein scheinen.“ Als Vorbedingung zur Verwirklichung des Zieles der Arbeiterbewegung — größere Anteilnahme an den Kulturgütern — stellte Weber hin: eine arbeitsfreudige Arbeiterschaft in Harmonie mit einem arbeitsfreudigen Unternehmertum. Letzterem spendete er neben manchem Tadel ein teilweise sehr hohes Lob, womit sich die anwesenden christlichen Gewerkschaftsvertreter nicht einverstanden erklärten. Seine Stellungnahme zur Kernfrage des ganzen Referates legte Redner in folgender These nieder:

Die gegebene und notwendige Form für die wirtschaftlich-rechtliche Einordnung der Arbeiter in die bestehende Gesellschaft sind die Arbeiterberufsvereine (Gewerkschaften). Ihnen sind rechtlich keine Hindernisse in den Weg zu legen, Verleihung der Rechtsfähigkeit ist dringend wünschenswert. Das, was die Gewerkschaften in sozialer Hinsicht leisten könnten, haben sie in Wirklichkeit bis jetzt nicht geleistet; in Deutschland sind dafür verantwortlich zu machen außer der Zersplitterung in die bekannten Gruppen, dem geringen Alter der meisten Organisationen, der Eigenart des deutschen Nationalcharakters u. a. vor allem der sozialdemokratische Einfluß auf die gewerkschaftlichen Hauptgruppen. Dieser Einfluß bewirkt, daß in Deutschland der Streik in seiner Bedeutung für die dauernde Hebung des Arbeiterstandes erheblich überschätzt wird.

Allgemein ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Arbeiterberufsvereine mit zunehmender Stärke — ähnlich wie die alten Zünfte — einseitige Klasseninteressen unter Vernachlässigung der sozialen Interessen vertreten und dadurch ihre eigene Existenz untergraben.

Arbeitskammern, Schlichtungskommissionen, Arbeiterausschüsse, insbesondere aber Tarifgemeinschaften können ihre große soziale Mission nur dann voll erfüllen, wenn sie durch eine starke, parteipolitisch und konfessionell unabhängige, von einschicksvollen Führern geleitete Arbeiterorganisation gestützt werden.

Mit dem Hinweis darauf, daß den geforderten sozialen Rechten auch große soziale Pflichten der Arbeiter gegenüberstehen und daß die Erziehung zu diesen am besten erfolgt in der auf erbliches Privateigentum gestützten Familie, „in der das Bewußtsein gefördert wird, daß Religion und Vaterland keine inhaltslose Phrasen sind,“ schloß der Referent seine preiswürdigen Darlegungen.

Der erste Korreferent Herr Dr. Pieper war durch Krankheit verhindert, an seiner Stelle hatte Giesberts dasselbe übernommen. Dem Korreferat folgen folgende Leitätze zu Grunde:

1. Zur Einordnung in die bestehende Gesellschaft wird die neuzeitliche sozialistische wie nicht-sozialistische Arbeiterbewegung sich nur bereit finden, wenn ihr die erstrebte höhere Anteilnahme an den Kulturgütern ermöglicht wird, auf dem Boden der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Rechtsgleichheit mit den übrigen Ständen, insbesondere mit den Unternehmern.

Die wirtschaftliche Rechtsgleichheit ist durchzuführen a) durch Kollektivabklärung des Arbeitsvertrags zwischen Arbeiterorganisationen und den einzelnen Unternehmern bzw. deren Organisationen, in Form der Tarifgemeinschaft soweit möglich für den gesamten Umfang eines Gewerbes; b) durch Erziehung von Arbeiterausschüssen, Arbeitskammern, und paritätischen Arbeitsnachweiser; c) durch freitändige Ausgestaltung des Koalitionsrechtes, gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine; durch Fortführung des Arbeiterschutzes, der erst die Entfaltung der organisierten Selbsthilfe ermöglicht.

Die Durchführung der politischen Gleichberechtigung erfordert u. a. Erweiterung des Wahlrechts in Staat und Gemeinde auf die breiten Volksschichten; freitändige Gestaltung des Vereins- und Versammlungsrechtes; Heranziehung auch der Arbeiter zu den Ehrenämtern der Geschworenen und Schöffen, sowie der Arbeiterorganisationen zur Begutachtung geplanter Gesetzes- und Verwaltungsmaßnahmen; Heranziehung der Arbeiter zur Verwaltung der Parteiangelegenheiten und zu den Ämtern der Abgeordneten, Stadtverordneten, Gemeindevertreter usw.

Die gesellschaftliche Gleichberechtigung der Arbeiter besagt Anerkennung der Arbeiter als Mitglieder eines den übrigen Ständen gleichberechtigten Standes mit Standesbewußtsein und Standesehre; deshalb Vermeidung jeglicher Bevormundung und Zurückstellung im geselligen Verkehr, jeder Ehrverletzung in dem durch das Arbeitsverhältnis bedingten Verkehr; überhaupt gesellige Annäherung der übrigen Stände an die Arbeiter; Zuziehung geeigneter Arbeitervertreter bei Gründung und Verwaltung aller gemeinnützigen Vereine, Anstalten und Einrichtungen zur geistigen, sittlichen und wirtschaftlichen Hebung des Arbeiterstandes; Vermehrung der Bildungsgelegenheiten für die Arbeiter.

Alle Kreise der Gesellschaft müssen zur Einsicht geführt werden, daß nur auf genanntem Wege der Durchführung der Rechtsgleichheit die Arbeiterbewegung von den sozialistischen Illusionen sich los-trennen und der bestehenden Gesellschaft einordnen wird. Dazu ist erforderlich eine intensive soziale Schulung, insbesondere der Gebildeten und Besitzenden.

Aber auch die Arbeiter müssen energisch und verständnisvoll mitwirken zu jener Einordnung. Zu verwirren ist deshalb jeder revolutionäre Massenkampf wie erbitterter einseitiger Interessenkampf. Jedes Entgegenkommen zur Durchführung jener Rechtsgleichheit durch die anderen Stände muß auch Anerkennung der Arbeiter finden. Zu überwindende Hindernisse in dieser Beziehung beruhen weniger auf bösem Willen, als auf Vorurteilen. Deshalb ist mehr durch Aufklärung, Verständigung und Vermittlung, als durch Bekämpfung des Gegners zu erwarten. Der Forderung besseren Arbeitsertrages muß gesteigerte Leistungsfähigkeit der Arbeit entsprechen. Gemeinnützige und private Arbeiter-Wohlfahrtsvereine, die von sozialen Motiven getrieben sind, sollen bei den Arbeiterorganisationen Anerkennung und Bereitwilligkeit zur Mitverwaltung finden. Ein Gleiches gilt von der Durchführung der Arbeitergesetzgebung. Zur Durchführung der erstrebten Gleichberechtigung befähigen den Arbeiter erst erhöhte geistige und sittliche Bildung, soziale und politische Schulung. Der geeignetste Ort zu ihrer Pflege sind konfessionelle Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften. Auch die Gebildeten müssen mitarbeiten und vor allem muß der Bildungseifer der Arbeiter erhöht werden.

Referent Giesberts verlangte vor allem mehr Entgegenkommen gegenüber der christlich-nationalen Arbeiterbewegung: Würde, so meinte er, die Eingliederung der Arbeiterbewegung in die bestehende Gesellschaft, welche die christlichen Gewerkschaften als Programm haben, eher geschehen sein, dann wären bei den letzten Reichstagswahlen keine drei Mill. soziald. Stimmen abgegeben worden. Die Einordnung der Arbeiterbewegung darf nicht erzwungen werden. Eine Grundlage zur Verständigung ist möglich und ein Mittel dazu sind die Tarifverträge.

An der Diskussion, welche zum Teil eine etwas zugespitzte war, beteiligten sich die Herren Justizrat Böchem, Justizrat Reichstagsabg. Trimbom, Professor Spahn, Bürgermeister Gielens-Neuß u. a.

Zum ersten Male beteiligten sich hier auch Arbeitervertreter. Seitens der christlichen Gewerkschaften sprachen die Kollegen Schiffer, Stegerwald, Wieser, welche in manchen Punkten eine ablehnende Stellung gegenüber dem ersten Referenten einnahmen; welche mehr die Rechte der Arbeiter auch auf politischem Gebiete und das große Mißverhältnis der Arbeiter betreffs der Gefahren für Leib und Leben dem Kapital gegenüber zu berücksichtigen verlangten. Die Aussprache dürfte nach manchen Richtungen klärend gewirkt haben. Es wäre bloß zu wünschen gewesen, daß mehr Zeit zur eingehenden Aussprache zur Verfügung gestanden hätte.

Ein kalter Wasserstrahl für die Berliner kathol. Fachabteilungen.

Unsern Kollegen ist bekannt, wie von den Berliner Ueberkatholiken alles in Licht und Bann getan wird, was sich als Anhänger der christlichen Gewerkschaften zeigt. In der widerlichsten Weise wurden die geistlichen Behörden von jenen gegen die christlichen Gewerkschaften ausgespielt. Besonders sollte sich in letzter Zeit nach der Papst für die Fachabteilungen festgelegt und die christlichen Gewerkschaften verworfen haben. Gewaltig bliesen die Berliner ins Horn und glaubten sich schon als Sieger in der Arena. Einen mächtigen kalten Wasserstrahl wurde den überhitzten „Berlinern“ jetzt von Rom aus zuteil.

Der „Observatore Romano“ veröffentlicht eine Note des Papstes, welche der Kölner Volkszeitung zufolge in genauer Uebersetzung lautet:

„In der katholischen Presse Deutschlands ist in den letzten Tagen eine lebhafte Polemik darüber geführt worden, welche von den beiden Organisationen den Vorzug verdiene, die christlichen Gewerkschaften oder die Fachabteilungen. Da nun einige sich auf die Autorität des Heiligen Vaters beriefen, als ob derselbe die Fachabteilungen gelobt und ermutigt hätte, auf Kosten der christlichen Gewerkschaften, sind wir ermächtigt zu erklären, daß Seine Heiligkeit mit gleichem Wohlwollen beide Organisationen lobt und ermutigt, indem der Papst sehr wohl weiß, daß die besonderen Verhältnisse der verschiedenen Diözesen und Provinzen Deutschlands es erfordern können, daß diesen vor jenen der Vorzug gegeben werde.“

Offentlich ist der Berliner Unfug, die evangelischen und katholischen Arbeiter zu trennen, auch im Wirtschaftsleben diese konfessionellen Schranken zu errichten, endgültig abgetan. Den Berliner Ueberkatholiken ist der Boden entzogen, in Zukunft als die allein wahre, von kirchlich autoritativer Seite anerkannte Organisation zu gelten.

Mögen unsere Kollegen besonders in Ostdeutschland diese Rundgebung stets zur Hand haben, um die Agitationsweise der Fachabteiler zurückzuweisen. Wir werden nochmals auf diese Angelegenheit zurückkommen.

Zur Lage der Industrie.

Bei Gelegenheit der großen Rede, mit der in Preußen alljährlich der Staatshaushaltsplan beim Landtag eingebracht zu werden pflegt, hat der preussische Finanzminister von Rheinbaben sich auch über die wirtschaftliche Lage und die Aussichten unserer Industrie für das kommende Jahr ausgesprochen. Man wird dieser Auslassung einige Aufmerksamkeit schenken müssen, da der Finanzminister mehr als sonst jemand Veranlassung hat, die Lage genau zu studieren. Da von dem Wohlergehen der Industrie die Steuererträge im kommenden Jahre zu einem sehr wesentlichen Teile abhängen. Der Minister ist dabei nicht durch seine Interessen gezwungen, alles in den möglichsten Farben darzustellen, sein Interesse neigt vielmehr zu einer möglichst genauen, vielleicht etwas düster gehaltenen Darstellung. Nach dem stenographischen Bericht sagte er:

„Was die Industrie betrifft, so ist sie zwar im allgemeinen, im Jahre 1906 mit Aufträgen gut, zum Teil sehr reichlich versehen; aber die Industrie wird sich auch im nächsten Jahre zunächst auf die neuen Handelsverträge einzurichten haben. Ich bezweifle nicht, daß unsere Industrie bei der Intelligenz und Anpassungsfähigkeit, die sie auszeichnen, auch in die veränderten Verhältnisse sich schicken wird, aber immerhin wird es einer gewissen Uebergangszeit bedürfen, um sich in die veränderten neuen Verhältnisse einzuleben. Dazu kommt, daß ein Teil des wirtschaftlichen Effekts des Jahres 1906 vorweggenommen wird durch die gesteigerte Warenausfuhr und Warenausfuhr, so daß auf diese Weise das wirtschaftliche Ergebnis des Jahres 1906 etwas zugunsten des Jahres 1905 verschoben wird. Endlich kann ich nicht verhehlen, daß die ganze börsenmäßige Bewegung bei uns zum Teil die industriellen Werte in ihrer wahren Bedeutung überschätzt hat, und daß ein Rückschlag auf einzelnen Gebieten nicht ausgeschlossen ist.“

Daraus dürfte doch wohl ersichtlich sein, daß die neuen Zollsätze nicht der Industrie in dem Maße zugute kommen, wie es seinerzeit darzustellen beliebt wurde. Höchstens die Hochproduktion wird entsprechenden Nutzen haben.

Die Industrie selber freilich ist anderer Ansicht. Schon in der Debatte des preussischen Abgeordnetenhauses trat das mehrfach lebhaft zutage. Auch die Organisationen der Unternehmer gaben dauernd Zeichen großer Befriedigung. So hat kürzlich der Verein deutscher Werkzeugfabrikanten (Sitz Düsseldorf) in einer Rundgebung die Mitteilung in die Öffentlichkeit gelangen lassen, daß die Fabriken seiner Mitglieder durchweg sehr gut beschäftigt seien, daß insbesondere für das kommende Jahr sehr viel Aufträge in den Büchern ständen, die eine flotte Beschäftigung das ganze Jahr hindurch gewährleisten. Der Verein hat dabei die Behauptung aufgestellt, daß die Löhne der Werkzeugarbeiter ständig gestiegen seien. Von dem ständigen Steigen der Löhne dürfte außer dem Verein für Werkzeugfabrikanten Niemand etwas verspürt haben, da fast

tisch die heutigen Löhne, die Höhe vom Jahre 1900 noch nicht erreicht haben. Dann wird zum Schluß zum Ausdruck gebracht, manche Fabriken glaubten, daß eine allgemeinere Lohnbewegung der Werkzeugarbeiter bevorstehe.

Von einer solchen großartigen Beschäftigung wird auch aus den Kreisen der Schiffbauunternehmer berichtet. Die Werften sollen zurzeit außerordentlich gut gehen. Wesentlich in Betracht kommt bei dieser Produktionsart die internationale Lage. Die Herren Rheder begeistern sich in den höchsten Tönen für den Patriotismus, wenn es sich um einen möglichst großen Ausbau der Flotte handelt. Wenn aber die deutschen Werften für die Schiffe etwas mehr fordern, als es irgend eine ausländische Werft tut, dann ist es mit ihrem Patriotismus zu Ende; sie lassen dann einfach ihre Schiffe im Ausland bauen. Das geht gegenwärtig anscheinend nicht, weil die ausländischen Werften gleichfalls gut beschäftigt sind. Die großen Werften — natürlich nur die privaten — haben gegenwärtig Schiffe von zirka 360 000 Tonnen und Kriegsschiffe von zirka 100 000 Tonnen im Bau. Man kann sich die Tragweite dieser Zahlen vorstellen, wenn man bedenkt, daß unsere großen Linienfahrzeuge der Flotte bei zirka 15 000 Tonnen 25—30 Millionen Mk. Baukosten verursachen.

Manche Meldungen liegen aus den meisten Zweigen der Großindustrie vor. Man wird aus diesen Zahlen die Gewißheit schöpfen können, daß es der Industrie gegenwärtig sehr gut geht. Es darf aber nicht vergessen werden, welcher Art die Aufträge in den Büchern sind. Welche Zustände sich in dieser Beziehung im Laufe der letzten Jahrzehnte herausgebildet haben, lehrt feinerzeit der Zusammenbruch eines großen Eisenhändlers in Mülheim an der Ruhr beim Ausbruch der letzten Krise. Es ist klar, daß der Handel, besonders der in Halbzeug, das allerlebhafte Interesse daran hat, sich bei aufsteigender Konjunktur für möglichst lange Zeit niedrige Preise zu sichern. Da ihre Produkte den Veränderungen der Mode oder einem Wechsel der Technik nicht oder so gut wie nicht unterworfen sind, sind sie in der Lage, mit den Werken große, langfristige Abschlüsse zu machen, die dann in den Büchern der Werke als Bestellung auftreten. Die Lieferung erfolgt „auf Abruf“: je nach dem Absatz, den er selber erzielt, „ruft“ der Handel „ab“, wobei er freilich an eine in dem Kaufvertrage festgesetzte Zeit gebunden ist. In den Zeiten steigender Konjunktur ruft der Handel natürlich alles ab, was er schnell erhalten kann. Bricht dagegen die Krise herein, dann wuzen diese Buchaufträge wohl den Unternehmern, nicht aber den Arbeitern. Der Unternehmer steht in der Regel gegen Zahlung einer Strafe seitens des Händlers, die dem Werk noch immer einen hinreichenden Ersatz für den entgangenen Gewinn bietet, von der Erfüllung des Kaufvertrages ab. Der Arbeiter aber wird mit Feierlichkeiten bedacht, nach und nach, wenn es gefährlicher wird, werden die älteren Arbeiter abgelegt. Aus dieser Erfahrung ergibt sich für den Arbeiter die Mahnung, diesen Versicherungen von langfristigen Buchaufträgen gegenüber sich mit der nötigen Skepsis zu wappnen. Bei den Aufträgen der Werften wie auch bei einem Teile der Fertigfabrikate, die direkt von den Verbrauchern bestellt zu werden pflegen, sind solche Befürchtungen ja weniger angebracht, dahingegen ist der Massenverbrauch, der durch den Handel vertrieben wird, stets bedacht.

Heute freilich braucht man sich kaum Sorgen zu machen. Aus der Haltung der Börse kann man allerdings zur Zeit kein Argument für die Beurteilung der Lage schöpfen. Sie hatte bei der Geldversteifung der letzten Wochen genug zu tun, die Verpflichtungen des Quartalschlusses glatt zu erledigen. Am Donnerstag, den 18. Jan. 1906 konnte der Verwaltungsausschuß der Reichsbank dann den Diskontsatz von 6 auf 5 Prozent herabsetzen, was ohne Zweifel auf die Industrie belebend einwirken wird. In den letzten zwei Wochen hatte die Börse in der Schätzung der Industriewerte größere Vorsicht an den Tag gelegt, wobei freilich der hohe Zinssatz als entscheidendes Moment in die Waagschale fiel.

Mundschau.

Die Fortschritte der christlichen Gewerkschaftsbewegung

werden der sozialdemokratischen Richtung doch allmählich bedenklich. Mit uns reden und schreiben läßt sich der Ausschreibung der christlichen Gewerkschaften nicht mehr abtun. Das „Korrespondenzblatt“

der freien Gewerkschaften Nr. 3 muß die Tatsache konstatieren, daß die Zahl der christlichen Gewerkschaftslokale seit Ende September 1905 von 103 auf 117 gestiegen ist. Nachdem es die Namen derselben aufgeführt, bemerkt es, daß 27 Orte darunter sind, in denen nur die christlichen Gewerkschaften lokalisiert sind, davon 20 in Rheinland und Westfalen, dem eigentlichen Herd der christlichen Bewegung. Dieser Vorsprung der christlichen Richtung sei bei den Gemüthern, die sich den freien Gewerkschaften dort entgegenstellten, nicht weiter verwunderlich. Diese Auslegung stimmt nicht ganz. Die Gemüthern, die für die „Freien“ vorhanden sind, bestehen auch für die Christlichen, sind letztere doch nach Rindorf unter anderem noch gefährlicher und werden demgemäß in vielen Fällen auch noch gefährlicher bekämpft. Wenn in Rheinland und Westfalen die christlichen Gewerkschaften einen Vorsprung haben, so liegt es eben an der Kühnheit der dortigen christlichen Arbeiter selbst, und hauptsächlich daran, daß die Arbeiterschaft über die verderblichen Ziele der Sozialdemokratie frühzeitig genug aufgeklärt wurden und deshalb ihre wirtschaftliche Interessenvertretung in den christl. Gewerkschaften erblickten.

„Das Vordringen der christlichen Organisation muß unsern Gemüthern ein Anlaß sein, ihre Aufmerksamkeit und Kräfte zu verdoppeln.“ mahnt dann das Korrespondenzblatt zum Schluß. Und wir rufen allen christlich-national gesinnten Arbeitern zu: Die bisherige günstige Entwicklung muß für alle christlichen Arbeiter ein Anlaß sein, mit doppelter Energie für die weitere Ausbreitung unserer Bewegung tätig zu sein; für alle noch indifferenten christl. Arbeiter und Arbeiterinnen aber sollte es der Mahnruf sein, nicht mehr zu zögern und ihrer christl. Arbeiterpflicht endlich genüge zu leisten.

Die Fortschritte und die Bedeutung der christl. Gewerkschaften gehen auch aus einer Resolution hervor, die auf dem Kongress der sozial. Gewerkschaften gefaßt wurde, worüber in der „Einigkeit“ Nr. 52, Jahrg. 1905, berichtet wird. Dort heißt es:

„In Erwägung 1. daß eine starke und teilweise sehr sachkundige und einsichtige gegensozialistische Bewegung besteht, die unter teilweiser Anerkennung sogenannter berechtigter Forderungen der Arbeiter — 2. daß diese Bemühungen, wenn sie auch, wie vielfach nicht abzuleugnen ist, aus ehrlicher Ueberzeugung und aus echter Arbeiterfreundschaft unternehmen, doch den beabsichtigten Zweck haben, die Arbeiter mit der heutigen Wirtschaftsordnung auszusöhnen und der sozialistischen Bewegung, die durch Verstaatlichung der Produktionsmittel die Befreiung des Proletariats erstrebt, das Vertrauen der Arbeiter entziehen, sie von ihr abziehen wollen; ist es notwendig u.“

Hier wird also einmal von sozialdemokratischer Seite zugegeben, daß die christlichen Gewerkschaften teilweise sehr sachkundig geleitet sind, und ihre Vertreter aus „ehrlicher Ueberzeugung und aus echter Arbeiterfreundschaft“ handeln. Diese Ehrlichkeit ist sonst im roten Lager sehr selten. Da wimmelt es sonst von Ausdrücken wie: „Arbeiterverräter, Unternehmerhändler, Streikbrecher, gesellschaften usw.“ Demgegenüber ist das Urteil der „Einigkeit“, eines der radikalsten Blätter, besonders bemerkenswert. Doch ob die Gemüthern uns loben oder uns beschimpfen, ist vollständig nebensächlich, wir werden den uns vorgezeichneten Weg weitergehen. Die christliche Gewerkschaftsbewegung wird den Beweis liefern, daß auch ohne Sozialdemokratie der Arbeiterstand zu seinen Rechten gelangen kann.

Berliner Facharbeiter und Koalitionsrecht.

In Vothringen war kürzlich ein alter Bergmann, Mitglied der Berliner Fachabteilungen, von dem Werkführer der betr. Grube gezwungen worden, aus dem kath. Arbeiterverein auszutreten, wenn er seine Arbeit nicht verlieren wollte. Danach hat der Berliner „Arbeiter“ ein gewaltiges Geschrei über „unerhörte Vergewaltigung der Koalitionsfreiheit“ angestimmt.

Die Berliner Verbandsleitung hat aber auch einen Arbeitsnachweis, Kaiserstraße 37, der in der „Märkischen Volkszeitung“ Tischler und Stellmacher gesucht hat mit der mehr wie sonderbaren Bedingung: „Nur unorganisierte Arbeiter finden Berücksichtigung.“ Wie reimt sich denn das zusammen, wird man da doch fragen müssen? Bei diesen „Ueberbreitern“ ist eben kein Ding unmöglich. Die Frägen alles fertig und braucht sich auch keiner über die Leistungen dieser Sorte von „Arbeiterfreunden“ zu wundern. Wundern muß man sich nur noch über

diejenigen katholischen Arbeiter, die sich in ähnlicher Selbstentnennung von solchen „Arbeiterfreunden“ dazu mißbrauchen lassen, um einen unseligen Keil in die christliche Arbeiterschaft Deutschlands zu treiben. Damals die Verdrängung auf die Almosen der Vinzenzvereine, jetzt die Berücksichtigung von nur unorganisierten, dürfte doch genügen, den allergebulbigsten und dümmsten Schafen die Augen zu öffnen.

Die unerfättlichen Agrarier.

denen zu liebe die hohen Getreidezölle eingeführt und eine rigorose Grenzsperrung gegen ausländisches Vieh besteht, was für die Arbeiter unerschwingliche Fleischpreise im Gefolge gehabt hat, erdreisten sich aber noch fortwährend, über Schädigung des Grundbesitzes und Umschmelzung und Bevorzugung der Arbeiter zu jammern. Die größten Schreier sind hierbei die ostelbischen Junker, die geborenen Reaktionsäre und geschworene Feinde des Arbeiterstandes. Kürzlich haben sie in Marienburg in Westpreußen getagt und ihre Schmerzen wieder ausgetramt. Der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Frhr v. Wangenheim, soll Zeitungsberichten gemäß folgendes gesagt haben:

„Der Grundton der Gesetzgebung sei eine Umschmelzung der Arbeiter und Schädigung des Grundbesitzes. Für die Arbeiter werde jetzt so viel getan, wie es noch nie dagewesen sei. Er habe den Eindruck, daß die leitenden Persönlichkeiten darauf hinausgehen, die Stellen zu vernichten, die gegebenenfalls die größten Stützen abgeben sollen.“

Unter den „größten Stützen“ (von Thron und Altar) verstehen die ostelbischen Agrarier natürlich nur ihre maßgebliche Klasse. Daß ihnen aber der ganze Patriotismus um 100 Prozent mehr Geschäfts-sache ist als den verlästersten Arbeitern, ist schon oft genug erwiesen worden. Aber alle Augenblicke wird den „leitenden Persönlichkeiten“ in Erinnerung gebracht, doch ja die Gunst dieser „festen Stützen“ nicht zu verschmerzen, denn — sonst könnten sie es auch anders, steht zwischen den Zeilen zu lesen. Eine echt junkerliche Dreistigkeit aber ist die Behauptung, für die ungeschmeichelten Arbeiter werde jetzt so viel getan, wie noch niemals dagewesen sei. Öffentlich werden sich die maßgebenden Stellen nicht von solchen Beratern, die nur im Interesse ihres eigenen nimmerfertigen Geldbeutels reden, beeinflussen lassen.

Der Bund der Landwirte, der sich so gern als festeste Stütze des Thrones anpreist, hat in Ostelbien die politische Methode, seine Leute in steter Unzufriedenheit zu erhalten, der Sozialdemokratie abgesehen, schreibt die Köln. Volksztg. recht treffend dazu; daran wird auch nichts geändert durch den Umstand, daß ein Haupt des Bundes, Herr v. Oldenburg-Januschau, in der Marienburger Versammlung die Sozialdemokratie mit dem Dreiflügel bedrohte.

Ein Bollwerk-Agrarier mit dem Dreiflügel im Bunde gegen die Sozialdemokratie; wahrlich ein Bild für Witzblätter. Statt mit dem Dreiflügel sollten diese Kreise die Sozialdemokratie durch energische Fortführung der Sozialreform zu bekämpfen suchen. Mit ihrem junkerlichen, reaktionären Scharfmachertum möchten sie in einem Jahr mehr Sozialdemokraten, als sie alle zusammen in zehn Jahren mit dem Dreiflügel jorzagen können.

Gefühnter sozialdemokratischer Terrorismus.

Das Schöffengericht Breslau hat am Sonntag den 13. Januar wieder einen Fall von krassem sozialdemokratischem Terrorismus führen müssen. Angeklagt waren der Vorsitzende Widera und der Maurer Scharf vom sozialdemokratischen Maurerverband, die den christlich organisierten Maurerführer in der bekannt roten brüderlichen Weise um Arbeit und Brot gebracht hatten. Als Führer sich weigerte, zur Partei der Freiheit und Brüderlichkeit überzugehen, hatten die Gemüthern dem Bauunternehmer mit der Sperre gedroht, wenn der Christliche nicht entlassen würde, was dann auch geschehen war. Für diese Art Brüderlichkeit hat das Schöffengericht nun den Vorsitzenden Widera zu vier Wochen und seinen Gemüthern Scharf zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Dort haben sie nun Zeit und Gelegenheit, über die Resultate sozialdemokratischer Erziehung nachzudenken. Denn sie sind die Opfer der Verheerung und Zerstörung, wie sie seitens der Organe und Führer im sozialdemokratischen Lager fortwährend betrieben werden.

in Preußen doch voran, mit dem Entlohnern so bequem!

In einer Tageszeitung lesen wir kürzlich folgende, recht interessante Erinnerung aus der „guten alten preussischen Zeit“: (Unterdarft war es nicht besser.)

„König Friedrich I. von Preußen erließ am 12. Februar 1718 eine neue Gesindeordnung, worin es heißt: daß einer Köchin, die gut kochen und braten kann, 8 bis 12 Taler im Jahre gezahlt werden sollen; wenn sie aber mit Pasteten und Backwerk zugleich umgehen kann, und so gut als ein Koch bestehen, soll sie 14 bis 18 Taler erhalten. Eine Magd, die zum Nähen, Waschen und zur Hausarbeit geräthet wird, soll hingegen nur 8 bis 9 Taler haben und ein Kinder mädchen 6. Ferner billigte der König, daß man dem Gesinde wohl ein oder zwei Taler zu Weihnachten oder zu Neujahr geben dürfe, aber darüber nichts, es bestehe, worin es wolle und unter was für einem Vorwand es geschehe. Wer sich trotzdem Ueberschreitungen erlaube, solle für jeden überzähligen Taler Lohn das erste Mal 50 Taler, das zweite Mal 100 Taler Strafe zahlen und für jeden zwischen Geschenken einen Taler.“

Welche festige Erinnerung für die Buert, Kirsdorf, Dille, Wäumer und wie unsere heutigen „patriarchalischen“ Scherzmacher alle heißen mögen. Das waren doch noch wenigstens Gesetze, denen man „scheidung“ zusprechen konnte. „Für jeden überzähligen Taler Lohn das erste Mal 50 Taler und das zweite Mal 100 Taler Strafe.“ Für solche sozialpolitischen Gesetze würden diese Leute auch noch heute durchs Feuer gehen; damit wäre auch die Konkurrenz eingebümt, zwar nicht nach unten, das ist ja auch überflüssig, aber nach oben und das wäre doch die Hauptsache.

Gott sei Dank liegen diese Zeiten hinter uns. Die Arbeiterchaft hat keine Ursache, ihr nachzuweinen. Unsere moderne Gegenwart ist doch vielfach unstrittig besser, wie die oft und blind gepriesene „gute alte Zeit“.

Die sozialdemokratische Lügenfabrik,

genannt Agitationsmaterial-Korrespondenz, in Düsseldorf, gegründet zur Vernichtung der christlichen Arbeiterbewegung, sucht durch das „Korrespondenzblatt“ der sozialdemokratischen Gewerkschaften als Redaktor eine „tüchtige Kraft, die mit der gegnerischen Arbeiterbewegung durchaus vertraut sein muß.“ Auf christlicher Seite wird man der Material-Korrespondenz schon auf die Finger zeigen. Welcher Art das dort gelieferte „Material“ ist, hat schon einmal ein sozialdemokratisches Gewerkschaftsblatt, die Holzarbeiterzeitung (Nr. 44, Jahrg. 1905), gesagt. Dieses Blatt nannte sie „in hohem Maße lächerlich“, „verflüchtend auf die Agitation wirkend“, „lächerliche Schimpfer“, „geradezu gefährlich“ und bemerkt: dazu hätte es von Düsseldorf keinerlei Anwendung bedurft, „denn darin wird unseres Erachtens schon reichlich viel geleistet. Für solche Korrespondenzen, wie die Düsseldorf, sollten jedenfalls Gewerkschaftsmittel keine Verwendung finden.“

Man Ansehen noch finden trotz dieser Abfolge die Erzeugnisse dieser Südbombenfabrik in der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspressen doch ihre Abnehmer. Ist auch ganz erklärlich. Im Kampf gegen die verhasste christliche Bewegung ist eben gar nichts zu lächerlich, gar nichts zu gemein und verlogen, aber auch nichts zu dumm, denn im werten Lager der Intelligenz findet eben alles sein Publikum. Interessant ist nur, daß die „bewährten Düsseldorf Kräfte“ zur Vernichtung der „bösen Christlichen“ nicht mehr ausreichen. Sollte das nächste Mißgeschick, das kürzlich eine christenverfolgende rote Geistesgröße in Blettenberg auf einem Spaziergang bemerkt hat, bei einigen Genossen den Appetit zur Jagd auf Schwarzwild verborben haben? Möglich wäre es schon.

Soziale Rechtspredung.

Wird ein Arbeiter, der auf dem Wege zur Arbeit von Unstündigen mißhandelt wird, Unfallrente? Diese Frage hat das Reichsversicherungsamt in einer Entscheidung vom 16. Juni 1905 bejaht. Gelegentlich einer Bauarbeiterausperrung in den Untertagearbeiten im April 1904 war der Arbeiter K. auf dem Wege zur Arbeit von zwei Unstündigen mißhandelt worden. Die von dem Verletzten geltend gemachten Unfallentgeltansprüche wurden von der Berufsgenossenschaft und dem Schiedsgericht zurückgewiesen. Das Reichsversicherungsamt hat nun seine die Berufsgenossenschaft beantragende Entscheidung folgendermaßen begründet: „K. ist keineswegs einer Gefahr des täglichen Lebens erlegen; er ist vielmehr einer besonders gearteten Gefahr zum Opfer gefallen, deren andere Straßenpassanten nicht ausgesetzt waren, sondern die gerade ihn wegen seiner Betriebstätigkeit bedrohte. In Zeiten des Streiks oder der Aussperrung tritt erfahrungsgemäß für die Arbeitswilligen zu den technischen Gefahren des Baubetriebes noch die weitere Gefahr, von den feiernden Arbeitern bedroht und angegriffen zu werden. In solchen Zeiten erstreckt sich daher der Gefahrenbereich des Betriebes über die Betriebsstätte hinaus. Der Umstand, daß K. die Betriebsstätte im Augenblicke des Ueberfalles nicht erreicht und seine Arbeit noch nicht aufgenommen hatte, steht daher der Annahme eines Betriebsunfalles nicht entgegen, dazu kommt, daß, während im allgemeinen der Weg zur Betriebsstätte überwiegend im eigenwirtschaftlichen Interesse des Arbeiters unternommen wird — bei den zurzeit des Unfalles herrschenden Arbeitsverhältnissen der Betriebsunternehmer in mindestens gleich hohem Maße daran interessiert war, daß die wenigen Arbeitswilligen sich zur Arbeit einfinden. Es entfällt daher vorliegenderfalls auch der Grund, der hauptsächlich dafür bestimmend gewesen ist, die den Arbeitern auf dem Wege von und zur Arbeit zuzurechnenden Unfälle von der Versicherungspflicht auszuschließen.“

Diese Urteilsbegründung könnte noch mancher Seite hin Bedenken erregen. Wir sind zwar vollständig damit einverstanden, daß einem auf dem Wege zur Arbeit verletzten Arbeiter auch eine Unfallrente gewährt wird, aber die bevorzugende Ausnahmestellung für Streikbrecher, die in dem Urteil zum Ausdruck kommt, können wir nicht so ohne weiteres billigen. Ob einem „Arbeitswilligen“ auf dem Wege zur Arbeit ein Unfall, ob nun durch Mißhandlung oder andere Einflüsse zustößt, oder einem anderen, sagen wir mal organisierten Arbeiter, der auch solchen Gefahren ausgesetzt ist, sollte für die Entscheidungen an der höchsten Instanz unserer Arbeiterversicherung nicht inbetracht kommen.

„Die Kage läßt das Mauseu nicht“ schreibt unsere „gegnerische Kollegin“ in Stuttgart, (das Organ des „freien“ Metallarbeiterverbandes) und knüpft daran folgende Bemerkungen: „Der christliche Metallarbeiter-Verband hat auch in Solingen, allerdings ohne Erfolg, versucht, Arbeiterzerpflückerung zu machen. Wahrscheinlich lassen die Belohnungen und „Erfolge“ der christlichen Holzarbeiter in Köln verschiedenen Leuten keine Ruhe. Angesichts der Meijerschlaggeausperrung in Solingen haben die Christenführer im geheimen versucht, eine christliche Sektion der Schlägerarbeiter zu gründen. Der Erfolg war aber gleich Null. Wir möchten den Christlichen empfehlen, sich an die Leitung des Fabrikantenvereins zu wenden. Vielleicht haben sie dann mehr Glück bei ihrem Vorhaben, einen Streikbruch a la Köln und Babel zu inszenieren.“

„Die Kage läßt das Mauseu nicht“

schreibt unsere „gegnerische Kollegin“ in Stuttgart, (das Organ des „freien“ Metallarbeiterverbandes) und knüpft daran folgende Bemerkungen:

„Der christliche Metallarbeiter-Verband hat auch in Solingen, allerdings ohne Erfolg, versucht, Arbeiterzerpflückerung zu machen. Wahrscheinlich lassen die Belohnungen und „Erfolge“ der christlichen Holzarbeiter in Köln verschiedenen Leuten keine Ruhe. Angesichts der Meijerschlaggeausperrung in Solingen haben die Christenführer im geheimen versucht, eine christliche Sektion der Schlägerarbeiter zu gründen. Der Erfolg war aber gleich Null. Wir möchten den Christlichen empfehlen, sich an die Leitung des Fabrikantenvereins zu wenden. Vielleicht haben sie dann mehr Glück bei ihrem Vorhaben, einen Streikbruch a la Köln und Babel zu inszenieren.“

Ugh! Da müßte der christliche Metallarbeiterverband den „freien Brüdern“ ja Konkurrenz machen und den Raug ablaufen; das ist unmöglich. Niemand versteht sich besser auf den Streikbruch als die Herren vom „freien“ Metallarbeiterverband. Beweis: Solingen. Ebenso den Fabrikanten nachzulaufen und in klingender Münze sich bezahlen zu lassen. Beweis: die wohlklingenden 6000 Marklein der Fabrikanten vom Schlägergewerbe, in Nürnberg, Jürth.

Ja, ja. „Die Kage läßt das Mauseu nicht“, das paßt am allerbesten auf den freien Metallarbeiterverband.

Wohlfahrtseinrichtungen und ihre Handhabung.

Bösum. Gelegentlich der Düsseldorf Ausstellungen im Jahre 1902 wurde neben den industriellen Erzeugnissen von einzelnen Großfirmen so u. a. Krupp-Essen, Bochumer Verein und anderen nebenher nichts mehr bewundert als deren Wohlfahrtseinrichtungen. Im nachstehenden wollen wir versuchen, den Kollegen da draußen einmal die Wohlfahrtseinrichtungen des Bochumer Vereins für Bergbau und Eisenerzfabrikation in Bösum zu schildern.

Schon ist die Agitation unter den Arbeitern genannter Werke für gewerkschaftliche Ziele zu betreiben, da viele Arbeiter glauben, es gebe in der weiten Welt keinen so fürsorglichen Arbeitgeber als

der Bochumer Verein. Das ist für junge Leute ein gutes, präpariertes und angenehmes Logishaus präsentiert, da braucht es doch solche Zwangsparagrafen nicht. Auch braucht man nicht, wie uns bekannt, Portiers und Nachtwächter zum Spionieren auszubilden, um diejenigen, die sich ein anderes Kosthaus ausgewählt, nachzusehen, ob dieselben auch bei Eltern und Verwandten wohnen. Daß hier durch die Lüge bei manchen jungen Leuten und den sich Verdienst schaffenden Kostwirts Platz greift, ist selbstverständlich und mancher Kostwirt und Kostwirtsin werden Dunkel und Dunte, die es lieblich nicht sind. Deshalb halten sich auch zum größten Teil nur Arbeiter aus den polnischen Bezirken in diesem Wohlfahrtshaus auf und der Volksmund hat das Wort Kojerne auf dieses Haus angewendet und wer Gelegenheit hatte, eine Infanterie- und Kavalleriekajerne betreffs innerer Zustände in Augenschein zu nehmen, wird das Logierhaus den Kavalleriekajernen zählen.

Wenn man den jungen Leuten ein gutes, präpariertes und angenehmes Logishaus präsentiert, da braucht es doch solche Zwangsparagrafen nicht. Auch braucht man nicht, wie uns bekannt, Portiers und Nachtwächter zum Spionieren auszubilden, um diejenigen, die sich ein anderes Kosthaus ausgewählt, nachzusehen, ob dieselben auch bei Eltern und Verwandten wohnen. Daß hier durch die Lüge bei manchen jungen Leuten und den sich Verdienst schaffenden Kostwirts Platz greift, ist selbstverständlich und mancher Kostwirt und Kostwirtsin werden Dunkel und Dunte, die es lieblich nicht sind. Deshalb halten sich auch zum größten Teil nur Arbeiter aus den polnischen Bezirken in diesem Wohlfahrtshaus auf und der Volksmund hat das Wort Kojerne auf dieses Haus angewendet und wer Gelegenheit hatte, eine Infanterie- und Kavalleriekajerne betreffs innerer Zustände in Augenschein zu nehmen, wird das Logierhaus den Kavalleriekajernen zählen.

Durch Arbeiterwohnungen sucht man die verheirateten Arbeiter auch zu fesseln. Zahlreiche Gebäude stehen in der Kolonie Stahlhausen. Aber das die Mieten bedeutend billiger wären wie in der Stadt, davon verspürt der Arbeiter sehr wenig. Aber die Leute müssen gewärtig sein, bei dem geringsten Vergehen gekündigt zu werden. Abzüge, wie sie vor zwei Jahren erfolgten, die 20 und noch mehr Prozent betragen, müssen sie ruhig hinnehmen. Kein Gewerkschaftler mit Zeitungen und Aufklärungsschriften wird empfangen. Die Kolonienbewohner scheuen sich in Versammlungen zu gehen, auch die Söhne werden gezwungen, entweder auf dem Bochumer-Verein zu arbeiten oder das elterliche Haus in der Kolonie zu verlassen. Und im Fall einmal ein Sohn weiter denkt, als der zurückgebliebene Vater und sich der gewerkschaftlichen Organisation anschließt, um durch diese als freier Arbeiter dastehen zu können, so wird ihm die Sache vereitelt. So wirkt auch diese Wohlfahrtseinrichtung für die Arbeiter reaktionär. Wir müssen fragen, wann denn die Garde des Bochumer Vereins, wie man diese Bewohner so gerne nennt, zur Verfügung kommt und durch Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation sich ein Mitbestimmungsrecht auf den Arbeitsvertrag sichert.

Eine Pensionskasse, wie bei der Firma Krupp Essen, haben die Arbeiter des Bochumer-Vereins nicht, aber eine Baarestiftung ist vorhanden, aus welcher alte und invalide Arbeiter je nach Gutdünken monatlich 10—14 Mark erhalten. Auch wird gesorgt durch Einrichtung einer Invalidenabteilung, in welche solche Arbeiter eingereiht werden, die zu anderer Arbeit nicht mehr tauglich sind. Wer aber dort ausgesetzt wird, braucht die Unterstützung nicht lange mehr zu beziehen, da ist Mattäi am letzten.

Aber die schönsten Einrichtungen haben sich die Arbeiter selbst geschaffen, indem sie sich in den verschiedenen Werkstätten Föhnen zugelegt haben. Mit diesen Föhnen wird bei einer entsprechenden Feier, sei es Jubiläum der Arbeiter oder sonstige Feste, großes Aufsehen gemacht, aber an die Besserung ihrer Lage denken die Arbeiter zum größten Teil nicht. Deshalb müssen die Arbeiter, die bis heute der Organisation angehören, noch mehr wie bisher für Ausbreitung der Organisation Sorge tragen. Wenn die Organisierten den Indifferenten nur recht deutlich den wahren Wert der Wohlfahrtseinrichtungen vor Augen führen, so werden auch diese einsehen, daß ohne Organisation kein Heil ist. Darum Kollegen von Bösum, aufgewacht! Lernt mitkämpfen und wirken im christlichen Metallarbeiter-Verband, damit ihr nicht mit Wohlthaten abgespült werdet, sondern daß wir unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen besserstellen und ein freies Mitbestimmungsrecht im Arbeitsvertrag erringen können.

Offenbach. Die sozialdemokratische Frankfurter Volksstimme bringt in ihrer Nr. 17 vom 20. Januar einen Artikel unter der Aufschrift: „Zum Nachdenken für christliche Arbeiter.“ der offensichtlich darauf hinausgeht, unter christlichen Arbeitern Bauernfang zu treiben.

Das Blatt schreibt: Man berichtet der Frankfurter Volksstimme vom Rhein u. s. f. und bringt dann die in Nr. 25 des Metallarbeiters gemachten Mitteilungen über den Lebensmittelverbrauch der amerikanischen gegenüber den deutschen Arbeitern und den durchschnittlichen Lohn beiderseits zum Ausdruck.

Weiter hängt das „edle“ Blatt dann an den Artikel noch ein Budget eines angeblich Euskirchener Arbeiters, woraus hervorgeht, daß dessen 7köpfige Familie im Jahre unter anderem 52 1/2 Kilogramm Fleisch, 191 Liter Milch und 69 Stück Eier verbrauchte. Das ist auf den Tag noch nicht 150 Gramm Fleisch, ein halbes Liter Milch und alle 5 Tage 1 Ei — für 7 Personen.

Wir wollen nun durchaus nicht bezweifeln, daß dieses nicht zutreffend ist, müssen aber ganz entschieden gegen die zu durchsichtige Unterstellung protestieren, daß der christl. Metallarbeiterverband oder die christl. Organisation überhaupt daran die Schuld treffe. Daß dieses die Absicht ist, geht aus der angehängten Bemerkung hervor, die wir hier wörtlich wiedergegeben. Die Volksstimme schreibt:

„Wenn nun das Blatt — gemeint ist unser Verbandsorgan — die miserable Lage der deutschen Arbeiter, sowie ihre Ursachen erkannt hat so hätte es sich, nun auch die nötige Folgerung ziehen und zu sagen: Kampf gegen die verwerfliche Lebensmittelerhöhung, Kampf gegen diejenigen die an der Auszehrung des deutschen Volkes schuld sind!

Davor hütet sich das Blatt, denn dieser Kampf müßte sich in erster Linie gegen das Zentrum richten, er müßte weiter alle Arbeiter unter die Fahne der Sozialdemokratie sammeln, der einzigen Partei, die den Kampf gegen die Hunger- und Hungerpolitik wirklich zu führen im Stande ist. Aber das christl. Gewerkschaftsblatt rechnet den Arbeitern da wie hundeleid sie es haben und unterstützt zugleich die Partei, die an diesem Elend in erster Linie schuld ist. Gerade an dieser Inkonsequenz zeigt sich die Gemeinschädlichkeit der Merkmalen Gewerkschaftsbewegung!“

— humm — humm — humm! —

Wer nun noch nicht glaubt, daß bei den roten Volksbegleitern nur wahres Heil, bei den christlichen Gewerkschaftlern, jedoch nur Sisyphusarbeit zu finden ist, dem ist nicht zu helfen.

Doch wir wollen etwas nachhelfen, denn der Artikelsschreiber in der Frankfurter Volksstimme scheint jedoch im Gedächtnis veranlagt zu sein, sonst müßte er auch wissen, daß der deutsche Metallarbeiter stets gegen Verteuerung der Lebensmittel der Arbeiter geschrieben und stets Gegner der Finanzzölle gewesen ist. Doch darum ist es dem „edlen“ Organ und seinem Artikelsschreiber nicht zu tun, sondern die recht durchsichtige Absicht desselben ist, den unbefangenen Arbeitern die noch christlich denken, vor der christlichen Gewerkschaft gruselig und den Sozialdemokratischen gefügig zu machen.

Beweis dafür ist auch der angeführte abgedruckte Ladenhüter, daß die christlichen Gewerkschaften nur Zentrumsgewerkschaften seien. Wer auch nur einigermaßen sich im christl.-sozialen Metallarbeiterverband und in seinen Organen umgesehen hat, muß doch zu einer andern Ansicht gelangen. Doch das verraten die Herren Genossen in ihrer Weise den Uneingeweihten nicht, denn dadurch könnten sie von ihrer Anhängerschaft einbüßen. Statt dessen lägen sie immer feste drauf los, nach Vorwärts Rautskis und denken dabei sehr schlau: Etwas bleibt doch immer hängen.

Streiks und Lohnbewegungen.

- Empen.** Bei der Firma Johann Wintgens ist Streik ausgebrochen.
 - Osnabrück.** W. Ortman Streit ausgebrochen.
 - Steele.** R. W. Dinnendahl u. G. Streit ausgebrochen.
 - Ludwigshafen.** Auf den Anilin- und Sodawerken Streit ausgebrochen.
- Zuzug fernhalten.

Kollegen.

Bezahlt pünktlich die Beiträge, damit Eure Unterstützungsansprüche nicht verloren gehen.

Um eine geregelte und pünktliche Beitragszahlung zu erzielen und den Kollegen die Beitragszahlung möglichst zu erleichtern, werden wir von jetzt ab an die jeweils fällige Beitragswoche im Organ erinnern. Das Beitragszahlen fällt nur halb so schwer, wenn es regelmäßig jede Woche geschieht. Ortsvorstände wie Vertrauensleute mögen mehr Sorgfalt darauf verwenden wie seither und die Kollegen mögen denselben das Einkalkulieren der Beiträge nicht erschweren.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 4. Februar der letzte Wochenbeitrag für die Zeit vom 4. bis 11. Februar 1906 fällig.

Mitglieder, welche länger als 8 Wochen im Rückstande sind, verlieren ihre Unterstützungsansprüche.

Ortsvorstände sorgt für pünktliche und musterhafte Abrechnung.

Versammlungs-Berichte.

Sterkrade. Die Anregung unseres Zentralvorstandes, die zusammenliegenden Ortsgruppen zu verschmelzen, hat bei unseren Mitgliedern volles Verständnis und Beachtung gefunden. In unserer Generalversammlung am 21. Jan. stand die Verschmelzung unserer Ortsgruppe mit den Gruppen Oberhausen, Osterfeld, Mühlheim und Alstaden zu einer einheitlichen Ortsverwaltung den Hauptpunkt der Tagesordnung. Kollege Groß-Oberhausen hatte dazu das Referat übernommen. In überzeugender Weise legte derselbe klar, daß die Verschmelzung eine Notwendigkeit sei und vor allem im Interesse der Mitglieder liege. Eine einzige starke Ortsgruppe ist jedenfalls viel besser imstande, die Interessen der Mitglieder bei Differenzen, bei Werkstatangelegenheiten usw. wahrzunehmen, als wie einzelne kleine Gruppen. In der Zusammensetzung liegt die Kraft, so ist es nicht nur in der Gesamtorganisation, sondern auch in den einzelnen Gruppen. Aber auch nach der Verschmelzung muß jeder treu seine Pflicht als Gewerkschaftler erfüllen, besonders die Vertrauensmänner und Obmänner der einzelnen Sektionen müssen pünktlich ihr Amt ausfüllen, dann wird es möglich sein, auch überall planmäßig und mit Eifer in den einzelnen Gruppen in der Agitation zu arbeiten und größere Erfolge zu erzielen als bisher. Einstimmig wurde dann auch der Antrag auf Verschmelzung angenommen. In den Vorstand der Sektion wurden die Kollegen Demond, Geisenkersting, Jentrich und Elsbusch gewählt. Dieselben versprochen ihre ganze Kraft einzusetzen für die weitere Entwicklung der Gruppe. Mit einem warmen Appell an alle Mitglieder, durch eifrige Agitation und pünktlichen Versammlungsbesuch sowie durch rege Hausagitation mitzuarbeiten am weiteren Wachstum unseres Verbandes, wurde die Versammlung geschlossen.

(Anmerkung der Redaktion. Wir freuen uns, daß die Kollegen von Oberhausen, Sterkrade, Mühlheim, Alstaden und Osterfeld so schnell unserer Anregung Folge geleistet haben, hoffentlich folgen alle naheliegenden Gruppen unseres Verbandes bald diesem guten Beispiel.

Mann-Witten. Unsere diesjährige Generalversammlung nahm einen recht lebhaften Verlauf. Bezirksleiter Kollege Baldes aus Bochum hielt einen Vortrag über: Was bringt uns die augenblickliche hohe Konjunktur der Metallindustrie für unsere Organisation? Die Ausführungen des Referenten waren sehr trefflich und wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die darauf folgende Vorstandswahl brachte keine besondere Veränderung hervor, denn es wurden im großen ganzen der alte Vorstand wiedergewählt, welcher zu aller Zufriedenheit im vergangenen Jahre gearbeitet hatte. Es wurden gewählt: Die Kollegen Meß als erster und Benzlart als zweiter Vorsitzender, Schrewe als Kassierer, Nagel dessen Stellvertreter, Brauer als Schriftführer, als dessen Stellvertreter Bernhard Delemaki. Als Beisitzer Heinrich von Diden und Cappius. Nachdem die Vertrauensmänner in allen Bezirken und Werkstätten verteilt waren, war der wichtigste Punkt der Versammlung erledigt.

Nam auf Kollegen zu neuer Tätigkeit und beherzigt die Worte des Kollegen Baldes, das jeder Kollege sich verpflichtet, wenigstens ein neues Mitglied dem Verbandsbezugzuführen im laufenden Jahre, denn nur dadurch, daß wir rastlos und unermüdetlich arbeiten, reifen wir die Individuen aus ihrer Letargie. Darum Kollegen, müßt nicht um vergangenes Klagen, hoch den Kopf, die Augen offen, frisch die heutigen Sorgen tragen und auf ein besseres Morgen hoffen.

Wülfelen. Am Sonntag den 7. Januar hielt unsere Ortsgruppe eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung ab, zu der wir auch unsere Arbeiterinnen eingeladen, hatten wir doch eine Referentin für die Versammlung gewonnen. Dieselbe hob in ihrem Vortrag besonders die Ideale der christlichen Gewerkschaften hervor. Es sind so viele Arbeiter, die nur den materiellen Nutzen der Gewerkschaften im Auge haben und nur bedacht sind auf diesem Wege sich Vorteile zu verschaffen; sie lassen aber die Hauptaufgabe einer Gewerkschaft außer acht. Es ist die geistige Schulung, die dem Arbeiter am meisten not tut und die ihm, wenn er sie erfährt hat, auch die meisten Vorteile bringt. Sodann kam Rednerin auf die Agitation zu sprechen und richtete besonders einen warmen Appell an die Arbeiter, sie möchten sich doch der Arbeiterinnen annehmen und für die christlichen Gewerkschaften zu gewinnen suchen. Denn die Arbeiterinnen sind in den meisten Fällen die größten Konkurrenten der männlichen Arbeiter. Als Männer seid ihr verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Frau von der Fabrik bleibt und der Familie zurückgegeben wird. Umgekehrt hat aber auch die Frau die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß ihr Mann und Sohn sich einer christlichen Gewerkschaft anschließen. Nicht wie es sehr oft geschieht, daß die Frau schimpft, wenn der Vertrauensmann kommt, um die Beiträge zu erheben. Liebe Frauen, bedenkt doch, daß ihr gerade durch die Organisation den meisten Nutzen habt. Es kann euch doch nicht gleich sein, ob euer Mann mit 15 Mark oder 20 Mark am Ende der Woche nach Hause kommt; denn ihr seid es ja gerade, die mit dem Gelde wirtschafter müßt und denen auch die meisten Sorgen obliegen. Darum ihr Frauen und Arbeiterinnen, arbeitet mit den Männern Hand in Hand, dann arbeitet ihr auch mit an der Erhebung eures Standes.

Sodann erhielt das Wort Herr Redakteur Giers-Duisburg. Derselbe sprach über die Entwicklung der Industrie und die Gewerkschaft. Wenn wir einen Rückblick auf jene Zeiten werfen, wo die Maschinen und die Großindustrie und zugleich das ganze Elend der Arbeiter einsetzte, wo nicht nur Mann und Frau in die Fabrik getrieben wurden, sondern auch Kinder im zartesten Alter, und die heutigen Verhältnisse dagegen vergleichen, so müssen wir gestehen, daß der Arbeiterstand schon viel durch die Organisation sich erklämpft hat. Sodann kam Redner besonders auf die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften zu sprechen, die es seit ihrem Bestehen schon fertig gebracht haben, dem Arbeiter geistige, sittliche und materielle Vorteile zu verschaffen, wie keine Organisation, die auf nichtchristlicher Grundlage aufgebaut ist. Insbesondere sprach Redner über die Leistungen unseres Verbandes; der zwar Opfer von seinen Mitgliedern verlangt, aber auch denselben in allen Lagen des Lebens eine reichliche Stütze bietet. Nachdem Redner noch einen warmen Appell an die Väter richtete, sie möchten sich doch den christlichen Gewerkschaften anschließen, schloß er seinen lehrreichen Vortrag. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß die Arbeiter der Organisation mehr Vertrauen entgegenbringen müßten, schloß der Vorsitzende die schon verlaufene Versammlung.

Mürnberg. Unsere statutenmäßige Generalversammlung tagte bei gutem Besuche am 22. des Monats im großen Saale der Dürerherberge. Der erste Vorsitzende Kollege Göß gab zunächst seinen Jahresbericht, wobei er besonders die Leistungen des Verbandes im vergangenen Jahre schilderte. Obwohl wir schon seit Oktober den 50 Pfennig-Wochenbeitrag erhoben, so hatten wir doch noch keine Austritte zu verzeichnen, sondern das Gegenteil, denn unsere Mitgliederzahl hat sich im vergangenen Jahre nahezu verdreifacht, was zugleich das beste Zeugnis für die Arbeit der Verwaltung nach ihren Mitarbeitern ist. Redner Beifall bewies die Unhänglichkeit der Kollegen zu ihrem Vorsitzenden, der es ja verstand, unsere Ortsgruppe erst beste zu begeistern und zu fördern. Sodann erstattete unser Kassierer Kollege Braun seinen Rechenschaftsbericht, welchem folgendes zu entnehmen ist. Gesamteinnahmen 4304,55 M., Gesamtausgaben 4067,87 M.

Rest für die Kasse 236,68 Mk., An die Zentral- wurden hiervon abgesandt 2702,23 Mk. Es wurden auch mehrere in Not stehende Kollegen mit freiwilligen Gaben aus der Kasse unterstützt. Die Revisoren erklärten die Rechnungsführung unseres verdienten Kollegen Braun für richtig und musterhaft. Darauf demselben von der Versammlung einstimmig Decharge erteilt wurde. Nun kam es zu: Neuwahl, bei welcher folgende Kollegen gewählt wurden: erster Vorsitzender Kollege Göb, zweiter Vorsitzender Kollege Doyler, erster Kassierer Kollege Braun, zweiter Kassierer Kollege Brelles, erster Schriftführer Kollege Gaißes, zweiter Schriftführer Kollege Gehrhardt. Als Ausschussmitglieder wurden gewählt die Kollegen: Schmitt, Jull, Kupp, Wurm und die Kollegin Venes. Auch wurden noch mehrere Bezirks- und Werkstätten-Vorstandsmitglieder aufgestellt. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl dankend an. Ein Antrag, welcher alle 14 Tage Versammlung vorschrieb, wurde einstimmig angenommen. Zum Schlusse forderte der wiedergewählte Vorsitzende Kollege Göb alle Mitglieder auf, auch in diesem Jahre wieder mit aller Kraft für unseren christlichen Metallarbeiterverband zu arbeiten, um ihn zu der Höhe zu bringen, zu der er eigentlich notwendig und berechtigt ist.

Rendsburg. In unserer letzten Versammlung, die gut besucht war, wurde nach Aufnahme einiger Mitglieder über die Einladung des christlichen Gewerkschaftskartells Hamburg zu einer Konferenz der christlichen Gewerkschaften des nordischen Bezirks beraten. Nach eingehender Beratung wurde beschlossen, einen Delegierten zu entsenden, da im Hinblick auf die allgemeine Konferenz auch für die Delegierten unseres Verbandes eine solche abgehalten werden soll, die hoffentlich dazu beiträgt, neuen Eifer, neue Begeisterung in unseren Reihen hier im nordischen Bezirk hineinzubringen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten hielt unser Vorsitzender in seinem Schlusswort noch eine begeisterte Ansprache an alle Mitglieder, durch eifrige Agitation, eifrigen Besuch der Versammlungen und pünktliche Beitragszahlung den Vorstand in seiner Arbeit zu unterstützen. Wenn jeder auf seinem Platz als eifriger Gewerkschaftler seine Schuldigkeit tut, dann muß es in der Ortsgruppe vorwärts gehen. Auf also zu neuer Tätigkeit für unsere christliche Arbeiterfrage.

Schramberg. Hierorts werden die Arbeitervertreterwahlen für die Krankenkassen immer um die Jahreswende vorgenommen. Zu diesem Zwecke kamen in der Hamb.-Amerik.-Uhrenfabrik die Vertreter zusammen um Vorschläge zu machen, indem die Firma so lokal ist, die vorgeschlagenen Namen drucken zu lassen (Stimmzettel). Bei der Zusammenkunft waren auch die tonangebenden Größen der freien Gewerkschaften anwesend und erklärten mit den übrigen, sie schlagen die Ausschleidenben wieder vor und die noch fehlenden 3 neuen wurden durch Vorschlag einstimmig genehmigt. Am Tage der Wahl wurden die Stimmzettel nachmittags ausgeteilt und auch der „Tonangebende“ ging in die einzelnen Werkstätten und teilte an seine Vertrauensleute Stimmzettel aus, aber nicht die gemeinsam vereinbarten, sondern solche seiner Partei, welche bei der Wahlhandlung auch durchgingen. Der christlich organisierte Kollege Schneider, der seiner Kenntnisse halber wohl das tüchtigste Mitglied der Vorstandschef ist, wurde auf den roten Vorschlag, sowie noch zwei weitere frisch vorgeschlagene christlich organisierte, fallen gelassen. Trotz vorheriger Vereinbarung. So machen es die Herren für Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit.

Kollege Schneider gehörte schon 10 Jahre der Vorstandschef der Krankenkasse, sowie, was wohl der Hauptgrund ist, seit 1900 der unteren Verwaltungsbehörde der Invalidenversicherung an; und zu bemerken ist noch, daß obengenannter Kollege, obwohl er nicht als Arbeitervertreter gewählt wurde, zum Leidwesen der Genossen noch bis zum Schlusse dieses Jahres im Amt verbleibt, als Vorstandsmitglied. Die Sache wäre ohne weiteres erledigt gewesen, wenn die Herren ihre Brüderlichkeit nicht noch dadurch betätigt hätten, Kollege Schneider in seiner Ehre herabzusetzen und zu verleumden, als bringe er alles bei der Verwaltung an. Wahr ist nur, daß Kollege Schneider das Arbeitsinteresse mit Geschick und Umsicht vertreten hat, auch bei der Verwaltung. Und wenn etwas seitens Schneiders angebracht wurde, geschah es im Interesse der Arbeiter und Kranken, was sich der sozialdemokratische Führer, Stadtrat Kold, welcher die Wahl Schneiders hintertrieben hat, nicht rühmen kann.

Nach der stattgefundenen Generalversammlung wurden die Resolutionen der Herren „Freien“ als ein Akt „gemeiner“ Bosheit gebührend.

Die Herren sind doch jeder im Besitz eines Krankenkassenstatuts, wo die Befugnisse des Vorstandes wie der Generalversammlung genau festgelegt sind, und zwar haben die Vorstandsmitglieder darauf zu achten, daß die im Statut festgelegten Satzungen auch zur Geltung kommen. Anträge, resp. Vorschläge der Satzungen nimmt nicht der Vorstand, sondern die Generalversammlung vor. Der stellvertretende Vorsitzende der Firma erklärte hierauf, daß er die Vorschläge gegen Schneider ebenfalls energisch zurückweisen müsse, indem sie den schon angeführten Kollegen öfters telephonisch auf die Verwaltung riefen, weil der betreffende in dieser Wohlfahrtsrichtung oft besser als die Verwaltung bewandert sei.

Es soll dieses ein weiterer Ansporn sein, daß unsere Kollegen allerorts sich mehr wie bisher um die Wahlen der Krankenkassen kümmern und ihren gebührenden Platz einnehmen und mitreden können.

(Anmerkung der Redaktion. Die Kollegen sollten aus solchen Erfahrungen lernen, überall selbstständig vorzugehen. Dann werden sie von den Gegnern auch nicht in jeder Weise überlistet, oder hereingelegt werden können. Das vertrauliche Wiedermeiertum sollte endlich aufhören. Die roten Gegner wollen kein ehrliches Zusammengehen. Bei denen gilt zunächst Parteiliche, an zweiter Stelle dann erst Arbeiterinteresse.)

Linde n. Unsere Generalversammlung am 18. Januar war gut besucht und war ein Beweis von dem guten Geist, der in den Reihen unserer Mitglieder herrscht. Nach Erstattung des Jahresberichtes und des Kassenberichtes wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten. Gewählt wurden die Kollegen Hohland, Hubröder, Matthias, Borhard, Menge und Bollmar, zu Revisoren die Kollegen Dieckhoff und Werner, zu Kartelldelegierten Witte und Werner. Nach der Wahl hielt Kollege Leupke-Hildebrand einen Vortrag über Arbeitslosigkeit und Sozialreform. Redner erklärte zunächst die Ursachen und Wirkungen der Arbeitslosigkeit, besonders auch das Überstundenwesen geißelnd, wodurch viele selbstthätige, unvernünftige Arbeiter selbst zu der Vergroßerung der Arbeitslosigkeit mitbeitragen. Das beste Mittel, von den vielen, welche empfohlen werden, ist die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter. Durch eine starke, gut geleitete Organisation kann zunächst direkt durch Regelung und Verkürzung der Arbeitszeit an der Herabminderung der Arbeitslosigkeit hingearbeitet werden. Indirekt arbeiten die Gewerkschaften durch Gewährung von Arbeitslosenunterstützung an ihre Mitglieder ebenfalls an Abschwächung der vererblichen Folgen, welche die Arbeitslosigkeit für viele brave Arbeiter mit sich bringt. Damit nehmen die Organisationen Staat und Gemeinden große Lasten ab, die sie sonst für Armenunterstützung aufbringen müßten. Auch unser christlicher Metallarbeiterverband steht in dieser Beziehung unter allen Organisationen mit an erster Stelle durch Gewährung von Arbeitslosenunterstützung. 20 Wochen lang gewährt er Arbeitslosenunterstützung, außerdem 20 Wochen Krankenunterstützung, sowie Unterstützung auf der Wanderschaft, beim Umzug, bei Streiks, und Ausperrungen und beim Sterbefall eines Mitgliedes. Und dieses alles für einen Wochenbeitrag von 50 Pfennig. Leider haben so viele unserer christlichen Arbeiter noch nicht den Wert der Organisation erkannt und stehen uns noch fern. Es muß darum die Aufgabe aller unserer Mitglieder sein, diese Indifferenten aufzuklären und aufzurütteln, der Organisation zuzuführen. Dann wird unser Verband im neuen Jahre ebenso wachsen, wie im vergangenen Jahre und kann desto besser auch an der Beseitigung der Arbeitslosigkeit arbeiten. Mit der Aufforderung des Vorsitzenden, die richtigen Lehren aus dem Vortrag zu ziehen, und eifrig die Versammlung zu besuchen, wurde die Versammlung geschlossen.

Peine. Am Sonntag den 14. ds. Mts. hielt unsere Ortsgruppe ihre diesjährige Generalversammlung ab. Dieselbe erfreute sich eines regen Besuches. (So muß es immer sein.) Punkt der Tagesordnung betraf die Neuwahl des Vorstandes. Es wurden folgende Kollegen gewählt: als erster Vorsitzender Stanislaus Pietrzak, als Schriftführer Heinz Hudemeyer, und als Kassierer Friedrich Heinecke. Als Revisoren wurden einstimmig Hob. Fiedler und Joh. Wichert gewählt. Die seitherigen Vertrauensmänner wurden wiedergewählt mit Ausnahme von Kollege Pietrzak, an dessen Stelle wurde Kollege Bruno Hermann gewählt. Hierauf richtete der neugewählte Vorsitzende eine begeisterte Ansprache an die Kollegen, mitzuarbeiten an der Entwicklung und dem Ausbau unserer Zählstelle, ferner müsse jeder Kollege es als seine Pflicht ansehen, dem Vorstande

die Arbeit soviel als möglich zu erleichtern, damit es vorwärts geht mit unserer Ortsgruppe.

Die Unterstüßungen werden 12—1 Uhr mittags und 6—8 Uhr abends, Sonntags von 7—9 Uhr und 12—2 Uhr mittags beim Kassierer ausbezahlt.

Oberhausen bei Hugsburg. In unserer Generalversammlung, die gut besucht war, erstattete der Vorsitzende Kollege Staudenmeier zunächst den Jahresbericht, hervorhebend, daß in den meisten Versammlungen belehrende Vorträge gehalten worden sind, um die Mitglieder zu schulen, zu belehren und zu tüchtigen Gewerkschaftler zu machen. Ebenso eifrig, wie im vergangenen Jahre, müssen nun aber auch im neuen Jahre eifrig mitarbeiten am Wachsen und Blühen unserer Ortsgruppe. Den Kassenbericht gab Kollege Hell und forderte dabei ebenfalls die Kollegen auf, durch pünktliche Beitragszahlung sich als gute Gewerkschaftler zu zeigen. Nachdem ihm Decharge erteilt war, wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten. Dieselbe fiel auf die Kollegen Gschler, Schwab, Maß, Rittermaier und Ritter. Unter Berücksichtigung wurde beschlossen, einen Unterrichts-Kursus abzuhalten und eine Eingabe an die Gemeindeverwaltung um Erhöhung des ortsüblichen Tageslohnes zu machen. Auch über die Darenzeit bei Streikunterstützung wurde debattiert. Mit einem warmen Appell alle Mitglieder zu eifriger, treuer Mitarbeit schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Briefkasten der Redaktion.

An verschiedene Anfrager. Unser Organ wird abwechselnd 8 und 4 seitig erscheinen, je nachdem der Andrang des Stoffes es erfordert.

Die Ortsvorstände werden dringend ersucht, bei Adressenänderungen Name, Straße und Hausnummer genau anzugeben und nur zuverlässige Personen mit dem Empfang der Sachen zu beauftragen.

In letzter Zeit sind eine Reihe Sendungen zurückgekommen, wo entweder: „Adressat unbekannt, oder Annahme verweigert“ wurde, nachträglich kommen dann Reklamationen, daß die Organe etc. nicht eingetroffen sind. Nur in ganz dringenden Fällen möge man Adressenänderungen vornehmen.

Ausschluss aus dem Verband.

Aus dem Verbaude ausgeschlossen wurde das Mitglied **Brüsel** aus Danzig.

Versammlungs-Kalender.

- Bocholt.** Sonntag, 4. Februar, morgens 11 1/2 Uhr bei Franz Sipping.
- Diage.** Sonntag, 18. Februar, nachmittags 4 Uhr bei Koch, Bigge Versammlung.
- Durlach.** Sonntag, 4. Februar, nachmittags 3 Uhr im Bahnhofs, 2. Stod. Vollständiges Erscheinen notwendig.
- Dinlage.** Samstag, 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr bei M. Wittrock Versammlung.
- Freising.** Jeden 2. Sonntag im Monat Versammlung. Wanderunterstützung bei Dampfer, Kajernenstraße 799.
- Großschmum.** Sonntag, den 4. Februar 5 Uhr bei Römer.
- Humboldt-Kolonie.** Sonntag, 4. Februar, morgens 11 Uhr Generalversammlung mit Vorstandswahl im Lokale Guth, Watisstraße 1.
- Samborn.** Sonntag, 4. Februar, nachmittags 4 Uhr bei Hendrichs, Margloß Versammlung.
- Stelburg.** Sonntag, 4. Februar, vormittags 11 1/2 Uhr bei 3. Römer.
- Teichlingen.** Am Sonntag, den 4. Februar 9 Uhr Versammlung in Immiarath. Samstag, 10. Februar Versammlung.
- Lahr i. B.** Samstag, 10. Februar, abends 7 1/2 Uhr im Gasthaus zum Alok.
- Schalke.** Sonntag, 4. Februar, morgens 11 Uhr bei Wegener Versammlung. Referent: Oders-Duisburg.
- Thurn-Deßbrück.** Sonntag, 4. Februar, morgens 10 1/2 Uhr bei Mosbach Generalversammlung.
- Ulm.** Alle 14 Tage, Sonntags, vormittags 10 Uhr in der Germania. Beilomstraße.
- Welsert.** Samstag, 10. Februar, abends 7 1/2 Uhr Generalversammlung bei Beuteführer.

Nachruf.

Am 25. Januar verschied unser treues Mitglied **Wilh. Hülsegge.**

Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Ortsgruppe Stelburg.